

Sozialdemokratischer Pressedienst

Herausgeber und Chefredakteur:
Erich Hilfringhaus, Berlin.
Telefon: Amt Dönhofs 4196/4198



Redaktion für Berlin und Schriftleitung:
Berlin O 23 61, Delle-Wilms-Platz 6
Druckverlag: Copaldruck

Die Herstellung erfolgt im Selbstverlag.

Der Inhalt ist nur auf Grund bester Nachrichten gestellt. Haftung besteht für Schaden nur dem Empfänger, wenn nicht etwas anderes in der Mitteilung für beide Teile ist.

Berlin, den 1. Juli 1930

Krise beim Hakenkreuz.

Institut
SSG. Geschiedenis
Amsterdam

SPD. Seit dem Wiederaufstieg der Nationalsozialistischen Partei muss Hitler ernsthaft um seine eigene Partei kämpfen. Er hat den Wiederaufbau begonnen mit all den Requisiten aus dem Jahre 1923: das honorige Führertum, das die Reaktion meint, wenn es national sagt, die feinen und ganz feinen Leute an der Spitze, wobei Ludendorff durch den Ritter von Epp ersetzt worden ist, das Unternehmertum als Geldgeber und das Ziel Kampf gegen die demokratische Republik. Die Gefolgschaft aber hat sich gegen 1923 gewandelt. In ihr wächst mehr und mehr eine ausgesprochen kommunistische Mentalität. So ergibt sich der seltsame Zustand, dass die Führung der Partei mit Unternehmern den Kampf gegen den Marxismus will, während die Gefolgschaft einen ganz echten, unverfälschten Klassenhass gegen den "Bourgeois" und "die verkommene Bourgeoisie" zeigt und einen primitiven Klassenkampf betreibt, wie er sozialistischer Aufklärung vorherzugehen pflegt.

Ein Teil der mit Hitler konkurrierenden Führer, voran die Brüder Strasser, haben sich der wachsenden primitiv kommunistischen Mentalität in der Gefolgschaft bemächtigt und haben sie für ihre Zwecke ausgenutzt. Die Brüder Strasser, die Herausgeber der Zeitung "Der nationale Sozialist", vertreten einen verworrenen, missverstandenen und primitiven Sozialismus mit geschwollenen Kraftphrasen, die ganz deutlich das Bestreben zeigen, mit den Kommunisten zu konkurrieren. Herr Otto Strasser, der sich von jeher in verworrenen putschistisch-kommunistischen Gedankengängen bewegt, glaubt vielleicht selbst daran, Herr Gregor Strasser, der Reichstagsabgeordnete, sieht darin vor allem ein Mittel zum Zweck für seinen Verlag. Sie haben es darin erstaunlich weit gebracht. Wenn Herr Gregor Strasser den politischen Generalstreik gegen die Bourgeoisie fordert, so hat er damit heute die Kommunisten schon übertrumpft. Aber auch Herr Goebbels, der, getrieben von masslosem Ehrgeiz, davon träumt, sich eines Tages selbst an die Stelle von Hitler zu setzen, hat mit dem Nationalkommunismus gespielt. sein Organ "Der Angriff" hat noch vor kurzem pathetisch deklariert :

"Die konsequente Führung unseres Kampfes gegen Kapitalismus und Unternehmertum ist der praktische Tatsachenbeweis für unsere ideelle Stellungnahme."

Die Geldgeber der Nationalsozialisten haben diesem Spiel mit der national-kommunistischen Phrase zunächst zugesehen. Sie haben die Agitation der Nationalsozialisten mit der roten Fahne im Zeichen des Hakenkreuzes finanziert. Sie wollten Bismarcksche Politik treiben, sie wollten "den Acheron in Bewegung setzen" - gegen die Sozialdemokratie. Sie glaubten, auf diese Weise nicht nur den proletarisierten Mittelstand und die proletarisierten Angestellten einzufangen, sie hofften auch, einen Teil der Erwerbslosen und der Arbeitenden mit der sozialrevolutionären Kraftphrase nach kommunistischem Muster der Sozialdemokratie fortzureissen. Die Hitler und Epp, die Frick und Killinger und

Mutschmann haben mit der nationalkommunistischen Tendenz in ihrer Gefolgschaft eben nur soviel zu tun, dass sie deren primitiven Sozialismus für ihre reaktionären Zwecke missbrauchen wollen.

Das zahlende Unternehmertum erkennt heute mit Schrecken, dass tatsächlich der Acheron in Bewegung gekommen ist, aber nicht gegen die Sozialdemokratie, sondern gegen sie selbst. Die Äusserungen ihres Unwillens sind sehr laut und vernehmlich, sodass Herr Hitler nunmehr den Kampf um seine eigene Partei mit allem Ernste durchführen muss, wenn er ihre finanziell-technischen Grundlagen nicht völlig erschüttern will. Der Konflikt, der sich daraus ergibt, erscheint als Richtungskampf innerhalb der nationalsozialistischen Partei. Der Kampf ist offen und spitzt sich sehr rasch zu.

Dem Wahlerfolg der Nationalsozialisten in Sachsen folgt der grosse Krach auf dem Fusse. Es ist genau so wie in der Kommunistischen Partei: Erklärungen der Führer gegeneinander, Austritte und Ausschlüsse, Parteibefehle nach dem Muster der kommunistischen Zentrale, Drohungen mit Massregelung. In Plauen ruft ein nationalsozialistischer Stadtverordneter: "Ich habe den Kadavergehorsam satt." In Berlin tritt der Leiter der nationalsozialistischen Pressestelle Mossakowski mit einer geharnischten Erklärung gegen Herrn Goebbels aus, der Redakteur des Strasserblattes Richard Schapke wird ausgeschlossen, das Strasserblatt wieder rebelliert offen gegen die offizielle Parteileitung, und die offizielle Parteileitung spricht gegen das Strasserblatt die folgende Drohung aus:

"Wiederholt wird darauf hingewiesen, dass für unseren Gaubereich allein als Tageszeitung "Völkischer Beobachter" und als Halbwochenschrift "Der Angriff" in Betracht kommen. Es wird den Sektionen jede Tätigkeit für den nationalen Sozialist verboten. Wer dieses Verbot überschreitet, handelt wider die Parteidisziplin und hat ein Verfahren zu gewärtigen."

Es sieht so aus, als ob ganz nach kommunistischem Muster die Nationalsozialisten in Gruppen zerfallen würden, auf der einen Seite Hitler mit den Unternehmern und der alten Führergarnitur, auf der anderen Seite die Spekulanten auf die nationalkommunistische Strömung in der Gefolgschaft der Hakenkreuzpartei. In Berlin, wo dieser Konflikt zunächst offen zum Ausbruch kommt, hat sich Herr Goebbels auf die Seite Hitlers geschlagen. In der sozialrevolutionär-kommunistischen Maskerade kann er mit den Brüdern Strasser nicht konkurrieren, so zieht er es vor, zunächst gemeinsam mit Hitler den Konkurrenten Strasser zu erledigen.

Vor der Sachsenwahl wurden die sachlichen und persönlichen Gegensätze noch bestritten - jetzt gibt es nichts mehr zu bestreiten. Der Führerkrach, der zugleich ein Konkurrenzkampf ihrer Zeitungen ist, ist öffentlich geworden. Man darf gespannt sein, wie der Berliner Konflikt sich im Reiche in den Reihen der Hakenkreuzler auswirken wird. Die Spannungen, die hier hervorgetreten sind, sind vor allem auch in Sachsen vorhanden. Hier ist der eigentliche Chef der Hakenkreuzler, der Fabrikant Mutschmann, ein besonders brutaler Unternehmertyp, die Gefolgschaft aber besteht zu einem sehr wesentlichen Teil aus Kreisen, die zwischen den Kommunisten und den Hakenkreuzlern hin und her pendeln. Die Frage, welche Stellung die Nationalsozialisten gegenüber der Regierungsbildung in Sachsen einnehmen werden, spielt heute schon bei dem Parteikrach der Hakenkreuzler eine wichtige Rolle.

Herr Strasser droht mit der Gründung einer eigenen nationalrevolutionären Partei. Er will damit festhalten, was durch die Spekulation auf die soziale Notlage gewonnen worden ist und will zugleich die ihm lästige Münchener Oberleitung loswerden. Hitler andererseits will das nationalkommunistische Element ausschalten, damit der gegenrevolutionäre, bürgerliche, putschistische Charakter seiner Partei, für den das Unternehmertum zahlt, nicht beeinträchtigt wird.

Das Wachstum der Nationalsozialisten in der letzten Zeit und ihr Wahlerfolg in Sachsen sind erzielt worden auf Grund einer grossen Lüge. Die Führer haben Stimmung und Glauben ihrer Gefolgschaft missbraucht, an die sie selbst nicht glauben. Der Lüge folgt die Strafe auf dem Fusse: die unvereinbaren Elemente in der Nationalsozialistischen Partei beginnen auseinander zu streben.

SPD. Neumünster, 1. Juli (Eig. Drahtb.)

Die sozialdemokratische Stadtverordnetenfraktion hat die Mitteilung des Magistrats, in der von der Beilegung des Konflikts mit der Landvolkbewegung wegen der Vorgänge am 1. August mit Befriedigung Kenntnis genommen wurde, in schärfster Form missbilligt und fordert zugleich ein Verbot der Landvolkdemonstration am 4. Juli. Im Verlauf dieser Demonstration sollte den Landvolkführern die seinerzeit beschlagnahmte schwarze Fahne feierlich überreicht werden, obwohl sich diese Fahne schon seit längerer Zeit in den Händen des Landvolkes befindet.

Wie der Magistrat mitteilt, hat der Regierungspräsident mitgeteilt, dass er für den 4. Juli alle Demonstrationen unter freiem Himmel verbieten wird.

SPD. Als die Berliner Nationalsozialisten Georg Strasser, Buchrucker und zahlreiche andere am Montag-Abend der Generalmitgliederversammlung der Nationalsozialistischen Partei, Gau Berlin, beiwohnen wollten, wurden sie regelmäßig aus dem Saal hinausgeschmissen. Der Leiter der nationalsozialistischen Führerschulen des Gaues Brandenburg der NSDAP schildert den Rausschmiss in dem Organ der Herren Strasser wie folgt :

"Vor Eröffnung der Generalversammlung wurden alle Sprecher, die sich gegen die Gauleitung wenden wollten, unter Bruch der Parteisatzung durch den Gaugeschäftsführer Wilke aus dem Saale gewiesen. Nachdem ich mich weigerte, wurde ein Rollkommando mobilisiert, das mich zum Verlassen des Saales zwang. Die nunmehr abrollende General-Mitgliederversammlung wurde damit zu einer Farce. Herr Dr. Goebbels liess nach diesen Regievorbereitungen erklären, dass er zu allen diesen Massnahmen von Adolf Hitler Generalvollmacht habe! Damit wird aber diese "Sozialistenverfolgung" zum Parteikurs gestempelt. An diesem Punkt hört für jeden aufrechten Mann die Parteidisziplin auf. Nationalsozialistische Revolutionäre lassen sich nicht faschistisch vergewaltigen. Ich erkläre deshalb meinen Austritt aus der Partei."

Die Ursache der "Vergewaltigung" ist, wie Goebbels mitteilen lässt, darin zu suchen, dass die an die frische Luft beförderten Nationalsozialisten in den nächsten Tagen aus der NSDAP. ausgeschlossen werden sollen.

SPD. Paris, 1. Juli (Eig. Drahtb.)

Der ehemalige Chef der interalliierten Rheinlandkommission, Tirard wurde am Dienstag nach seiner Rückkehr nach Paris zum Grossoffizier der Ehrenlegion ernannt. Der Oberkommandierende der Rheinarmee General Guilleumat wurde durch Glückwunschtelegramme des Aussenministers Briand, des Kriegsministers und Tirard's geehrt.

Die Entgleisungen, die sich einzelne rechtsstehende deutsche Blätter bei der Kommentierung der Räumung zuschulden kommen liessen, geben verschiedenen französischen Zeitungen willkommenen Anlass zu einer abwehrenden Kritik. Der "Intransigeant" findet, dass Deutschland sich wenig dankbar für die vorzeitige Räumung erwiesen habe und befürchtet, dass durch sie der Politik der "immanenten Revision", wie ein deutsches Blatt die Politik Stresemanns bezeichnet habe, das Tor weit geöffnet worden sei. "Ein Volk gibt dem anderen aus purer Liebenswürdigkeit, als einfaches Zeichen der geistigen Abrüstung sein Gebiet zurück und das andere aber öffnet den Mund nur um zu rufen "Gut, und jetzt die Saar, und jetzt Posen und nachher dies und nachher jenes". So sehen nach der lapidären Darstellung des "Intransigeant" die deutsch-französischen Beziehungen heute aus!

Der "Temps" ist in seinen Kommentaren nicht freundlicher. Er bemängelt in erster Linie, dass die vom Reichspräsidenten und der Reichsregierung ge-

zeichnete Proklamation kein Wort über die Politik der deutsch-französischen Annäherung enthalte, die die logische Folge der Räumung darstellen müsste, und dass sie Stresemanns nicht gedenke. "Offenbar hätten sich die Rektionäre Schiele und Treviranus bei einem solchen Hinweis allzu unbehaglich gefühlt", stellt das Blatt fest und findet es erstaunlich, dass es die deutsche Regierung durch den Druck der Reaktion dazu habe kommen lassen, auf die Ehrung seiner grossen Kämpfer, denen sie so vieles danke, zu verzichten. Ausserdem findet es der "Temps" "wenig politisch", dass die Proklamation Hindenburgs und der Reichsregierung bereits am Tage der vollzogenen Räumung ostentativ das Saarproblem auf die Tagesordnung setze.

Eine weit freundlichere Beurteilung erfahren die Reden Brauns und Wirths. Dem preussischen Ministerpräsidenten wird es hoch angerechnet, dass er sich "diskret bemüht habe, die Entgleisungen der Reichsregierung gutzumachen."

SPD. Bochum, 1. Juli (Eig. Drahtb.)

In der Gruppe Nordwest der deutschen Eisenindustrie trat am Dienstag der Akkordlohnabbau in Kraft. Aus diesem Grunde kam es in zahlreichen Betrieben zu Arbeitsniederlegungen.

In Dortmund feiern bisher in zwei Betrieben 426, in Gelsenkirchen in zwei Betrieben 720, in Hattingen in einem Betrieb 240 Arbeiter. In Bochum feiern bis jetzt in drei Betrieben 580, in Essen bei Krupp 1200 Arbeiter, in Düsseldorf in 11 Betrieben 1640 Arbeiter und in Oberhausen in einem kleinen Betrieb 11 Arbeiter, denen ein besonders hoher Abzug zugemutet wird. In Duisburg feiern bei den Perciliuswerken 550 Arbeiter. In Mülheim haben 9000 Arbeiter die Arbeit niedergelegt und zwar bei Siemens Schückert 1700, auf der Friedrich Wilhelm-Hütte 2000 und im Stahl- und Walzwerk Thyssen 5000.

SPD. Paris, 1. Juli (Eig. Drahtb.)

In der Nähe von Rouen ereignete sich am Dienstag vormittag ein tragisches Automobilunglück, dem fünf Menschenleben zum Opfer fielen. Ein Auto, in dem drei Personen sassen, kam ins Schleudern und fuhr in eine aus vier Personen bestehende Gesellschaft, die an der Strasse auf einem Rasen lagerte. Der Wagen überschlug sich und begrub drei Personen unter sich, die auf der Stelle getötet wurden. Auch der Führer des Wagens fand sofort den Tod; seine Begleiterin starb auf dem Transport zum Krankenhaus.

SPD. Der Volkswirtschaftliche Ausschuss des Reichstags begann am Dienstag mit der Beratung des Reichsmilchgesetzes. Der Vertreter des Reichsernährungsministers verwies darauf, dass die Situation eine reichsgesetzliche Regelung erfordere. Es müsse, um der Konkurrenz des Auslandes entgegenzutreten, durch Standardisierung eine einheitliche hochstehende Qualität erzeugt werden. So könne auch die Steigerung im Verbrauch inländischer Milch erzielt werden.

In der Generaldebatte führte Frau Wurm (Soz) aus, dass dem Gesetz das Wesentliche fehle, nämlich die Definition, was im Sinne des Gesetzes als Milch zu betrachten sei. Die Rednerin befürchtet, dass die Absicht einer reichsgesetzlichen Regelung nicht erfüllt werde, da der Gesetzentwurf alles den obersten Landesbehörden überlassen wolle. Ausserdem sei zu bedauern, dass die Gemeinden so gut wie gar nicht beteiligt seien. Es wäre zu empfehlen, dass der Ausschuss zuerst die Ausführungsbestimmungen berate und dann das Gesetz. Das Gesetz sei eigentlich nur ein Rahmen, der von den Ausführungsbestimmungen erst ausgefüllt werde.

Ein Vertreter des Zentrums forderte, Absatzorganisationen für bestimmte Gebiete zu schaffen. Damit soll dem Misstand begegnet werden, dass Frischmilch von weit her in die Städte gebracht wird, während die Molkereien vor den Städten ihre Milch verbuttern müssten.

SPD, Bochum, 1. Juli (Eig. Drahtb.)

Der Christliche Metallarbeiter-Verband hat beschlossen, sowohl das Arbeitszeitabkommen als auch das Lohnabkommen mit der Gruppe Nordwest am 1. August zum 30. September zu kündigen. Er versucht allem Anschein nach auch diesmal wie bei der Kündigung des Rahmentarifvertrages die übrigen Gewerkschaften zu übertrumpfen.

SPD, Bombay, 1. Juli (Eig. Drahtb.)

Motilal Nehru, der verhaftete Präsident des allindischen Kongresses, und sein Sekretär, Dr. Seyed, sind am Dienstag wegen Gesetzesüberschreitung zu je sechs Monaten Gefängnis verurteilt worden. Vor Gericht verweigerten die Angeklagten jede Aussage, ebenso verzichteten sie auf jede Verteidigung.

Die Bevölkerung, die bereits anlässlich der Verhaftung Nehrus in einen mehrstündigen Proteststreik getreten war, antwortete auf das Urteil mit einer Demonstration, an der sich die Studenten besonders stark beteiligten. Über die Hälfte der Baumwollspinnereien stellte zum Protest die Arbeit ein. Zahlreiche Kinos und Theater wurden geschlossen.

SPD, Wien, 1. Juli (Eig. Drahtb.)

Der österreichische Bundespräsident Miklas, der in der vorigen Woche einen Eisenbahnunfall erlitt, erlebte am Dienstag in St. Pölten einen Autounfall. Sein Wagen stieß mit einem Automobil zusammen, dessen Insassen leicht verletzt wurden. Der Bundespräsident und seine Begleiter, zwei Ministerialräte, kamen mit dem Schrecken davon.

SPD, London, 1. Juli (Eig. Drahtb.)

In der nordenglischen Stadt West Hartlepool wurden am Dienstag ein Vater mit seinen fünf unerwachsenen Kindern erstickt aufgefunden. Der Tod ist auf Gasvergiftung zurückzuführen. Am Leben geblieben ist nur das jüngste ein Jahr alte Kind. Die Mutter war ausser dem Hause, als der Vater die Gashähne öffnete. Arbeitslosigkeit und ein zerrüttetes Eheverhältnis haben den Mann zu der Tat getrieben.

SPD, Kaiserslautern, 1. Juli (Eig. Drahtb.)

Am Dienstag morgen kam es hier zu schweren Ausschreitungen gegen die früheren Separatistenführer Rinsche, Knobloch und Mallach.

Die Menge, die an einer Befreiungsfeier teilgenommen und dem Alkohol reichlich zugesprochen hatte, demolierte zunächst das Haus des Kaufmanns Rinsche und versammelte sich dann vor dem Hause des Kaufmanns Knobloch, schlug hier die Fensterscheiben ein und zerstörte schliesslich die Ladeneinrichtung. Die zerrümmerte Einrichtung und die in dem Laden befindliche Ware wurde auf die Strasse geworfen. Als dieser Racheakt vollbracht war, wurde die Wohnung Knoblochs gestürmt und die gesamte Wohnungseinrichtung auf die Strasse geworfen. Betten,

Tische, Schränke und ein Klavier wurden zum Fenster hinausgeschleudert. Schliesslich zündete der Mob im Hinterhaus die Werkstatt Knoblochs an. Der Dachstuhl brannte vollständig nieder; der Rest des Gebäudes konnte durch die Feuerwehr gerettet werden.

In der Theaterstrasse wurde das verbrecherische Spiel wiederholt. In dem Laden des Kaufmanns Mallach wurden zunächst sämtliche Schaufenster zertrümmert. Auch hier warf man dann die Ladeneinrichtung und die Verkaufsgegenstände auf die Strasse. Dann ging es in die Wohnung im zweiten Stock, die ebenfalls demoliert und deren Einrichtung durch die Fenster auf die Strasse geworfen wurde. Einem auf der Strasse befindlichen Mann fiel ein Fischbassin auf den Kopf, sodass er bewusstlos zusammenbrach. Die Polizei war machtlos. Als sie schliesslich von der blanken Waffe Gebrauch machte und die Feuerwehr mit der Wasserspritze eingriff, zog sich die Menge zurück. Drei Personen, die Stich- und Schlagverletzungen erlitten hatten, mussten ärztliche Hilfe in Anspruch nehmen. Die Täter, ausschliesslich jugendliche Elemente, konnten festgestellt werden.

SPD. Köln, 1. Juli (Eig. Drahtb.)

Am Dienstag kamen in dem Prozess wegen des Eisenbahnunglücks in Buir geradezu unglaubliche Zustände im Betriebswerk Hamm in das Licht der Öffentlichkeit.

Der Eisenbahnbetriebsassistent Nonnenkamp aus Hamm musste zugeben, dass der fragliche Vorsichtsbefehl von ihm in dem Lokomotivführeraufenthaltsraum im Betriebswerk Hamm weder ausgelegt noch ausgehängt worden war. Reichsbahn-
amtmannt Sassenscheidt-Hamm erklärte, dass er Nonnenkamp zwar den Dienstbefehl überreicht, aber nichts darüber erfahren habe, ob er tatsächlich ausgelegt worden sei. Als Nonnenkamp von dem Unfall erfahren habe, habe er nach dem Vorsichtsbefehl gesucht, ihn auch gefunden und nachträglich ausgehängt. Er habe sogar das Datum des Tages hineingesetzt, an dem der Vorsichtsbefehl in Hamm eingegangen sei, sodass die Auffassung habe erweckt werden müssen, dass der Vorsichtsbefehl bereits an dem Sonnabend vor dem Unglück ausgehängt gewesen sei. Später hat der Reichsbahnamtmannt Sassenscheidt 10 Lokomotivführer eine Erklärung unterschreiben lassen, nach der sie den angeblich im Lokomotivführeraufenthaltsraum ausgehängten Vorsichtsbefehl gelesen haben. Die Lokomotivführer wurden gedrängt, ihre Unterschrift zu geben, da es sich nur um eine Formsache handele.

Angesichts der geschilderten Vorgänge, die restlos vertuscht werden sollten, bemächtigte sich des Gerichtshofes eine grosse Erregung.

SPD. Der Sozialpolitische Ausschuss des Reichstages hat am Dienstag mit der Beratung der Regierungsvorlage zur Abänderung der Arbeitslosenversicherung begonnen.

Abg. Aufhäuser (Soz) wandte sich gegen die Änderung des § 36, wodurch den Arbeitsamtsvorsitzenden die Befugnis zur Einstellung gehobener Personalkräfte genommen und für Versetzung von Fachkräften jedes Vorschlagsrecht der Verwaltungsausschüsse aufgehoben werden soll. Der Zweck der Änderung ist Stärkung der Befugnisse der oberen Bürokratie. Der sozialdemokratische Antrag auf Streichung der vorgesehenen Verschlechterung werde, obwohl Ministerialdirektor Weigert keinen einzigen Fall anführen kann, wo dienstlich begründete Versetzungen von Fachkräften bisher erschwert worden wänre, von allen bürgerlichen Parteien abgelehnt.

Die Übertragbarkeit von Etatmitteln von einem Arbeitsamt zum anderen innerhalb des Etatjahres soll nach der Vorlage künftig zulässig sein. Die sozialdemokratischen Abgeordneten Gerlach und Aufhäuser wiesen auf das Bedenkliche dieser Massnahme hin. Der Ausschuss beschloss auf sozialdemokratischen Antrag,

dass der Vorstand der Reichsanstalt bei solchen Etatübertragungen vorher den zuständigen Verwaltungsausschuss zu hören hat.

Eine grosse Debatte brachte die Frage der Stellenvermittlung. Aufhäuser begründete einen sozialdemokratischen Antrag, wonach dem § 65, der die Möglichkeit der Einführung einer Meldepflicht offener Stellen durch den Arbeitsminister vorsieht, folgende neue gesetzliche Bestimmung angefügt werden soll:

"Betriebe oder selbständige Betriebsabteilungen, denen die Ausführungen öffentlicher Aufträge übertragen sind, oder die öffentliche Subventionen erhalten, sind verpflichtet, sofern für diese Arbeiten mehr als 5 Arbeitnehmer benötigt werden, diese offenen Arbeitsplätze dem zuständigen Arbeitsamt anzumelden und sofern diese Arbeitsplätze nicht mit den vom Arbeitsamt zugewiesenen Arbeitslosen besetzt werden können, deren anderweitige Besetzung dem Arbeitsamt unverzüglich anzuzeigen. Das Gleiche gilt für Körperschaften, die derartige Arbeiten in eigener Regie ausführen."

Der sozialdemokratische Abgeordnete Aufhäuser wies im weiteren Verlauf der Sitzung darauf hin, dass die Auswirkung des von der Reichsregierung angekündigten Arbeitsbeschaffungsprogramms nur gewährleistet sei, wenn die mit öffentlichen Aufträgen bedachten Firmen einer Meldepflicht an die Arbeitsämter unterstellt würden. Ministerialdirektor Weigert erkannte an, dass auch die Reichsregierung die Tendenz des sozialdemokratischen Antrags billige, doch wolle er keine gesetzliche Festlegung. Abg. Dr. Brauns (Z) und Leopold (Dntl) wandten sich gegen jede gesetzliche Meldepflicht. Thiel (DV) erklärte, seine Fraktion lehne den sozialdemokratischen Antrag "selbstverständlich" ab. Wissell (Soz) wies darauf hin, dass die Schichauwerft in Elbing Riesensubventionen erhalten, trotzdem aber Tausende von Industriearbeitern arbeitslos gelassen und ländliche Arbeitskräfte herangeholt habe.

Die Abstimmung über den sozialdemokratischen Antrag wurde zunächst zurückgestellt und die Frage Arbeitslosenversicherung und Landwirtschaft angeschnitten. Während die Deutschnationalen den Personenkreis weiter einschränken wollen verlangt ein sozialdemokratischer Antrag Ausdehnung der Versicherungspflicht auf das ländliche Gesinde. Jäcker (Soz) beleuchtete die wachsende Arbeitslosigkeit unter den Landarbeitern und betont, dass langfristige Arbeitsverträge immer seltener werden. Behrens (Volkskonservativ) bestätigte die Ausführungen Jäckers. Frau Schroeder (Soz) zeigte an den Berichten der Gefährdeten-Fürsorge, in welchem grossem Ausmass die Erwerbslosigkeit von Landarbeiterinnen schädliche Rückwirkungen habe und zur weiteren Belastung der Gemeinden führe. Sie bekämpfte danach sehr scharf den Regierungsvorschlag, der alle Jugendlichen unter 16 Jahren aus der Arbeitslosenversicherung herausnehmen will. Wegen einer geringfügigen Ersparnis überantwortete man die jugendlichen Arbeitslosen einfach ihrem Schicksal. Die Antwort der Regierung und der bürgerlichen Parteien bestand in den üblichen Redensarten über unerfreuliche Begleiterscheinungen der Jugendlichen-Unterstützung. -

Weiterberatung Mittwoch.

SPD. Speyer, 1. Juli (Eig. Drahtb.)

An den in der Pfalz veranstalteten amtlichen Befreiungsfeiern nahmen die Sozialdemokratie und die Freien Eisenbahner nicht teil.

Sozialdemokratie und Freie Eisenbahner begründen ihren Entschluss damit, dass der derzeitige bayerische Ministerpräsident Dr. Held der ungeeignetste Mann sei, die erfreuliche Tatsache der Räumung zu feiern, weil er in völliger Verkennung der Interessen der Pfalz bis zuletzt durch politische Zweideutigkeiten bedenklicher Art den Erfolg der vorzeitigen Räumung gefährdet habe. Die sozialdemokratische Bevölkerung der Pfalz war zu ihrer ablehnenden Haltung schliesslich auch dadurch veranlasst worden, dass sich im Gefolge der Regierungsmitglieder der Präsident des bayerischen Verwaltungsgerichtshofes befand, jener Herr von Kahr, unter dessen Führung in Deutschlands schwerster Notzeit

die bayerische Regierung ihren Treubruch am Reiche vollzog und offene Rebellion gegen die Reichsverfassung und die Reichsregierung leisteten. Man braucht nur an jene hochverräterischen Verbrechen des amtlichen Bayern zu erinnern, die den Franzosen den Mut gaben, mit dem Separatismus noch einmal einen letzten Versuch der Losreissung der Rheinlande und besonders der Pfalz vom deutschen Vaterlande zu machen, um die Berechtigung des Beschlusses der sozialdemokratischen Parteinstanzen der Pfalz zu verstehen.

SPD. Kattowitz, 1. Juli (Eig. Drahtb.)

Der schlesische Sejm ist am Dienstag durch Dekret des Staatspräsidenten für unbestimmte Zeit vertagt worden. Die Vertagung erfolgte, weil der Sejm sich weigerte, das von dem schlesischen Wojwoden Graczinski festgesetzte Budget anzuerkennen.

SPD. Wien, 1. Juli (Eig. Drahtb.)

Der österreichische Bundespräsident, Miklas, hat an den Reichspräsidenten von Hindenburg folgendes Glückwünschtelegramm gerichtet: "Anlässlich der vollendeten Rheinlandräumung drängt es mich Eurer Exzellenz zu versichern, dass dieses für die Geschichte des gesamten deutschen Volkes denkwürdige Ereignis auch beim deutschen Volk in Österreich brüderliche Gefühle und aufrichtige Freude auslöst."

SPD. Helsingfors, 1. Juli (Eig. Drahtb.)

In der ausserordentlichen Session des Reichstags, die am Dienstag nachmittag begann, protestierte die Sozialdemokratie gegen die antikommunistischen Massnahmen der Regierung. Nach diesem Protest legte die Regierung drei Gesetzesentwürfe über den Schutz der Republik, die Einschränkung der Druckfreiheit und die Abänderung des Wahlgesetzes vor. Sämtliche Entwürfe richteten sich gegen die kommunistische Bewegung, gegen die seit Wochen ein starker Terror ausgeübt wird. Von den 23 kommunistischen Abgeordneten des Parlaments waren nur 15 erschienen. Ein Teil der abwesenden Abgeordneten ist in letzter Zeit von faschistischen Elementen mit unbestimmtem Ziel verschleppt worden.

In parlamentarischen Kreisen rechnet man mit dem Rücktritt der gegenwärtigen, rein agrarisch eingestellten, Regierung, sobald die von ihr vorgelegten neuen Gesetze verabschiedet worden sind.

SPD. Der Haushaltsausschuss des Reichstags lehnte am Dienstag einen Antrag des Reichswehrministeriums, zu dem bisher schon bewilligten Betrag von 2,8 Millionen für den Ankauf von Remonten noch weitere Mittel in Höhe von 2,1 Millionen zur Verfügung zu stellen, einstimmig ab. Der Antrag war von dem zuständigen Referenten des Reichsfinanzministeriums befürwortet und trotz der grossen Wirtschaftsnot und aller Sparpläne der Regierung als dringlich bezeichnet worden.

SPD. München, 1. Juli (Eig. Drahtb.)

Der am Dienstag im Münchener Stadtrat veranstalteten Befreiungsfeier waren die Kommunisten und Nationalsozialisten ferngeblieben. Die Nationalsozialisten begründeten ihre Abwesenheit mit dem Uniformverbot. Anstelle der schamlosen französischen Unterdrückung sei jetzt in der Pfalz die Polizeidiktatur, die Knechtschaft des bayerischen Volkes durch die bayerische Staats-

regierung getreten.

Das Münchener Hitlerorgan kündigt zur Bekämpfung dieser Diktatur an, dass in Zukunft ein eigenes Flugzeug mit entsprechenden Aufschriften auf den Tragflächen im Rheinland und in der Pfalz täglich längere Propagandaflüge veranstalten werde.

SPD. Der Aufruf der Reichsregierung zur Räumung des Rheinlandes stammt im Entwurf aus dem Büro des Reichspräsidenten. Er wurde von der Reichsregierung nach geringfügigen Änderungen einstimmig gebilligt.

Die preussische Regierung war von Anfang an bereit, mit der Reichsregierung einen gemeinsamen Aufruf herauszugeben, um Einzelkundgebungen zu vermeiden und dem beabsichtigten öffentlichen Appell ein stärkeres Gewicht zu verleihen. Als dem preussischen Ministerpräsidenten der Aufruf der Reichsregierung im Entwurf zur Verfügung gestellt wurde, musste er mit nicht geringer Verwunderung feststellen, dass die Träger der Befreiungspolitik nicht mit einem Worte erwähnt wurden. Braun ersuchte die massgebenden Instanzen des Reiches das Versäumnis nachzuholen und hätte sich ohne besondere Nennung bestimmter Persönlichkeiten mit einem allgemeinen Wort des Gedenkens an die Staatsmänner, die zu ihrem Teil zu der Befreiung des Rheinlandes beigetragen haben, begnügt. Nicht einmal dazu war die Reichsregierung bereit. Die preussische Regierung entschloss sich deshalb mit einem eigenen Aufruf vor die Öffentlichkeit zu treten, um einem an sich selbstverständlichen Akt der Loyalität gegenüber den Trägern der Befreiungspolitik würdig Ausdruck verleihen zu können.

(Schluss des politischen Teils. - Auf Wiederhören

Mittwoch-Vormittag 7 Uhr auf Welle 2850)

Reichstagsstimmungsbild.

SPD. Berlin, 1. Juli (Eig. Bericht)

Im Reichstag wurde am Dienstag der von fast allen Parteien unterschriebene Antrag für eine gesetzliche Hilfsaktion zugunsten der bisher besetzten Gebiete gegen die Stimmen der Kommunisten angenommen. Die Kommunisten liessen erklären, es sei dies eine Aktion zugunsten der westdeutschen Unternehmer. Dass dies nicht zutrifft, werden die Kommunisten bei ihren rheinischen Gemeindevertretern erfahren können. Die Abstimmung gegen Hilfsmassnahmen für die Rheinlande wird den Kommunisten noch manchesmal zu schaffen machen.

Im weiteren Verlauf der Sitzung wurde die Aussprache über den "Haushalt des Reichsministers zu Ende geführt. Der christlich-nationale Bauernabgeordnete Mönke häufte Beschimpfungen gegen die Erwerbslosen. Man soll dafür sorgen, dass die Erwerbslosenrente nicht nur versoffen würde. Die Kleinbauern könnten wegen der hohen Soziallasten keine Arbeiter einstellen und müssten ihre Familienmitglieder ausbeuten. In der Krankenkasse von Magdeburg wurden angeblich bei einer Revision 51 v.H. der Kranken gesundgeschrieben. Mönke sieht in allen Arbeitslosen und Kranken nur Faulenzer und Simulanten. Geschickter, aber auch gefährlicher drückte sich der deutschvolksparteiliche Abgeordnete Pfeffer aus. Ihm genügen die Abbaumassnahmen Stegerwalds nicht. Die Sozialpolitik hält er an der schweren Krise für mitschuldig. Es müsse sobald als möglich eine allgemeine Reform der Sozialpolitik durchgeführt werden. Reichsarbeitsminister Stegerwald polemisierte heftig gegen den sozialdemokratischen Abgeordneten Litke. Er wiederholte, dass die Ausgaben für Arzt und Arzneien in Deutschland so hoch wären, wie nirgends.

Der Haushalt des Reichsarbeitsministeriums wurde schliesslich angenommen. Bei einem Misstrauensantrag gegen den Reichsarbeitsminister Stegerwald enthielt sich die Sozialdemokratie der Stimme. Es stimmten 61 für den Misstrauensantrag, 209 dagegen. Die Enthaltung der Sozialdemokratie war eine umso stärkere Demonstration gegen den Reichsarbeitsminister, als die Fraktion in derselben Sitzung bei einem Misstrauensantrag gegen den Reichsaussenminister Curtius mit Nein stimmte. Sie sprach also der Aussenpolitik des Kabinetts ihr Vertrauen aus, was vollkommen der Sachlage entspricht, während die Fraktion ebenso deutlich von der Sozialpolitik Stegerwalds abrückte. Wenn die sozialdemokratische Reichstagsfraktion dem Misstrauensantrag für Stegerwald nicht zustimmte, so vor allem deshalb, weil sie sich ihre Taktik nicht von den Kommunisten vorschreiben lässt und selbst entscheidet, wann sie zur Waffe eines Misstrauensvotums gegen einen Minister schreiten will. Die Misstrauensvoten der Kommunisten finden im Reichstage keine nennenswerte Beachtung. Erst wenn die Sozialdemokratie gegen einen Minister das Misstrauensvotum beantragt, wird die Situation ernst.

Ein Antrag der Deutschnationalen, schleunigst einen Gesetzentwurf zur Einführung der Arbeitsdienstpflicht einzubringen, wurde abgelehnt. Die Sozialdemokratie verhinderte sogar die Ausschussberatung. Für die Ueberweisung des Antrages an den Ausschuss stimmte auch das Zentrum. Als die Ausschussberatung abgelehnt war, erhob sich das Zentrum mit der Linken gegen die Vorlage eines Gesetzentwurfes für die Arbeitsdienstpflicht. Die Nationalsozialisten stimmten für den deutschnationalen Antrag. Alle sozialdemokratischen Anträge, die Streichungen im Haushalt des Reichsarbeitsministers wieder zu beseitigen und erhöhte Summen einzusetzen, wurden von den bürgerlichen Parteien abgelehnt. Auch ein Antrag auf 4 Millionen für die Zwecke der Kinderspeisung verfiel der Ablehnung. Die sozialdemokratischen Anträge auf Ausbau der Invalidenversicherung wurde dem Sozialpolitischen Ausschuss überwiesen. U.a. fordert die Sozialdemokratie eine allgemeine Erhöhung der Invalidenrente, eine Besserung des Begriffs der Invalidität im Sinne einer Minderung des geltenden 2/3-Satzes, Gewährung der Invalidenrente an die über 60 Jahre alten, seit einem Jahre erwerbslosen Versicherten, die Gewährung der Witwenrenten auch an solche Wit-

wen, die minderjährige Kinder erziehen oder das Alter von 50 Jahren erreicht haben, den Aufbau weiterer Klassen. Auch ein Antrag, den Reichsarbeitsminister zu ersuchen, die Krisenunterstützung auf alle, insbesondere auch auf die bergewerklichen Berufe, auszudehnen, um die Bezugsdauer der Krisenunterstützung auf die Dauer der Arbeitslosigkeit zu erstrecken, wurde dem Ausschuss zur Weiterberatung überwiesen. Der Haushalt des Auswärtigen Amtes wurde schliesslich ebenfalls angenommen. Ein Misstrauensantrag gegen Curtius wurde mit 283 gegen 121 Stimmen bei 3 Enthaltungen abgelehnt. Die Deutschnationalen stimmten gegen Curtius. Der Gesetzentwurf über die Reform der Krankenversicherung gelangt zur Weiterberatung in den sozialpolitischen Ausschuss.

Nächste Sitzung Mittwoch 3 Uhr.

SPD. London, 1. Juli (Eig. Drahtb.)

Eine der Rheinlandräumung gewidmeter Leitartikel in der Dienstagausgabe der "Times" beschäftigt sich zum Schluss mit der Saarfrage. Die führende englische Zeitung sagt, der Friedensvertrag habe Frankreich als Ersatz für seine im Weltkrieg zerstörten Kohlengruben die wirtschaftliche Ausnutzung der Saarbergwerke zugestanden. Heute fördere Frankreich auf eigenem Boden jährlich mehr Kohle als vor dem Kriege und der Zweck der durch den Friedensvertrag getroffenen Massnahme sei deshalb erfüllt. Es gebe jedoch noch andere Gründe, die für die Verkürzung der vorgesehenen Besetzung des Saargebietes sprächen. Das sei vor allem der unzweifelhafte Willen der Bevölkerung, mit Deutschland wieder vereint zu werden. Das Ergebnis der Volksabstimmung stehe heute schon fest. Frankreich selbst sei sich schon längst darüber klar und habe die anfänglichen Gegenversuche aufgegeben. Im Interesse des deutsch-französischen Ausgleichs und im Interesse Frankreichs liege es deshalb, das Saargebiet jetzt schon zurückzugeben, trotz aller wirtschaftlichen Schwierigkeiten und nicht erst die vorgesehene Frist von 15 Jahren ablaufen zu lassen.

SPD. Amtlich wird mitgeteilt: Die vom Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft mit den grossen Spitzen-Kreditinstituten geführten Besprechungen über die Finanzierung der diesjährigen Getreideernte haben ergeben, dass sowohl die Reichsbank wie die Deutsche Rentenbank-Kreditanstalt und die Preussische Zentralgenossenschaftskasse bereit sind, in ausreichendem Umfange Mittel zur Bewegung der diesjährigen Getreideernte zur Verfügung zu stellen. In gleichem Sinne haben sich die für die Getreidefinanzierung errichteten Spezialinstitute, in erster Linie die Zentrale der Getreide-Kreditbanken und Getreide-Industrie- & Commissions A.-G. geäussert. Ebenso werden sich die Deutsche Girozentrale und die Landesbankzentrale wie bisher in den Dienst der Erntefinanzierung stellen.

SPD. New York, 1. Juli (Eig. Drahtb.)

Vertreter der amerikanischen Grubenbesitzer und Grubenarbeiter verhandeln zurzeit über den Abschluss eines neuen fünfjährigen Lohntarifs. Der gegenwärtig noch geltende Tarif läuft am 1. September ab. Die Gewerkschaften fordern die Beibehaltung des bisherigen Lohnes, Verbesserung der Arbeitsbedingungen und die Sicherung gegen Entlassungen. Man hofft, die Verhandlungen zu einem für beide Teile zufriedenstellenden Ergebnis abschliessen zu können.

Die Landvolkbewegung.

Ihr Aufstieg und Untergang. - Vormarsch der Sozialdemokratie.

SPD. Kiel, im Juli (Eig. Bericht)

Es ist noch gar nicht solange her, dass die rechtsradikale Bewegung des Landvolks und der Nationalsozialisten den Eindruck hervorzurufen versuchte, als sei der Westen der Provinz Schleswig-Holstein eine Musterbrutstätte jener Theorien- und Praktiken der Gewaltpolitik, die ihre herrlichsten Blüten in den Bombenattentaten fand.

Nicht nur in Schleswig-Holstein selbst, auch in Deutschland bekam unsere Westküste einen etwas anrühigen Ruf. Wer in Berlin von Holstein sprach, redete zugleich von den Bombenattentätern oder von den nationalsozialistischen Sturmtruppen, die uneingeschränkt das Land und seine Bevölkerung beherrschen sollten. So schlimm war es aber bei weitem nicht. In der Nähe sahen die Dinge schon wesentlich anders aus und aufmerksame Beobachter, die zu Studienzwecken von der hauptstädtischen Presse zu uns entsandt wurden, berichteten von der masslosen Übertreibung, die in den rechtsradikalen Blättern den Gewaltstreich der Volk, Heim- und Konsorten beigegeben wurde. Wer den Westen und seine politischen Verhältnisse genau überprüfte, spürte sehr schnell das zwar stille, aber zielbewusste Wirken der Republikaner und Sozialdemokraten, die unbeirrt von dem "Schrei des Tages" der Gewaltpropaganda der Rechtsputschisten entgegenarbeiteten.

Inzwischen ist es um die Landvolkbewegung still geworden. Ihre Führer sind untereinander zerfallen und ihre Anhänger nicht minder. Die Bewegung, die sprunghaft aufschleunigte, ist ebenso plötzlich in die Ohnmacht zurückgesunken. Die Bombenattentate sollten das Mittel sein, die gesamte bäuerliche Bevölkerung mitzureissen. Ihre schliessliche Wirkung war genau entgegengesetzt. Mit dem ersten Bombenattentat war auch der erste Schritt zum Abstieg getan worden. Und trotz aller krampfhaften Bemühungen der letzten der Landvolkmohikaner stirbt die Bewegung schnell und sicher ab. Nicht einmal Herr Ludendorff, den sich am Ende das Landvolk zu seinem Heiligen erkor, konnte noch helfen, sondern war lediglich Anlass zu noch schnellerem Niedergang.

Was die Landvolkbewegung an Anhängern verlor, ist - wie das nach jeder extremen Bewegung zumeist der Fall zu sein pflegt - entweder in das Lager der Indifferenten abgewandert oder zu den Nationalsozialisten gestossen, die nach gescheiterten Einigungsverhandlungen das Erbe "des Landvolks" antraten. Genau so, wie vordem die Redner des Landvolks sich törichterweise rühmten, die einzigen und wahren Vertreter der ländlichen und kleinstädtischen Bevölkerung des holsteinischen Westens zu sein, genau so rühmten von sich dasselbe als ihre Nachfolger die Nationalsozialisten. Nun wäre es durchaus verkehrt, den Zuwachs fortzuleugnen zu wollen, den die Nationalsozialisten in der Tat zu verzeichnen haben. Aber auch ihre grosse Zeit ist vorüber. Sie gehen jetzt denselben Weg, den vor ihnen das Landvolk ging. Zunächst begann es auch bei den Nazi's mit einem nicht unbeträchtlichen Krach innerhalb der Führerschaft, der sich zwangsläufig bald auf die Unterführer und die Mitglieder ausdehnte. Wenn auch die in Itzehoe erscheinende nationalsozialistische Zeitung immer wieder versichert, dass sie "mit den Renegaten gründlich abgerechnet" habe und die Partei intakt sei, so beweist einmal die ewige Wiederkehr dieser Behauptung, ferner aber auch das uns vorliegende authentische Material, dass das Gegenteil richtig ist.

Die Nationalsozialisten Schleswig-Holsteins und ihre Bewegung sterben an der eigenen Phrase und ihrer Unehrllichkeit. Diesen Niedergang beschleunigen die republikanischen Organisationen, die sich im Westen der Nordmark eines beachtlichen Aufstieges erfreuen. Unter der Führung der Sozialdemokratie ist ihre Aktivität in ständigem Wachsen begriffen und nur der Mangel an finanziellen Mitteln erlaubt es nicht, die Eroberung des Westens in dem schnellen Tempo

zu betreiben, wie das möglich und auch notwendig wäre. Dass die Bevölkerung auch in den schwärzesten Teilen der Provinz bereit und gewillt ist, dem Rufe der Sozialdemokratie zu folgen, beweist die starke Teilnahme an den letzten Versammlungen und Demonstrationen, in denen deutlich der Wille der Massen zur Abkehr von den politischen Gewaltmethoden der Rechtsorganisationen zum Ausdruck kam. Das zeigte vor allem auch die ungeheuer starke Beteiligung und die Wucht der Demonstration, die dieser Tage das von Landvolkleuten und Nationalsozialisten heftig umstrittene Eiderdörfchen Pahlhude in Norderdithmarschen erlebte. 3000 Sozialdemokraten bevölkerten die Strassen des sonst so ruhigen Ortes. Die Sozialdemokratie hatte ihre Anhänger und die Freunde der Republik zu einer Demonstration gegen Landvolk und Nationalsozialisten aufgerufen. Dieser Aufmarsch hatte eine um so grössere Bedeutung, als gerade Pahlhude im Zusammenhang mit der Agitation und den Terrorakten der Rechtsputschisten mehrfach genannt worden war.

Mochte vor noch einem Jahre auch für die Bewohner der Grosstädte, wenn sie von dem Vorgehen der Nationalsozialisten in Westholstein hörten, das Wort gelten: "Im Westen nichts Neues", so ist das heute schon beträchtlich anders geworden. Im Westen gibt es was Neues, auch im Westen Holsteins. Nämlich eine siegesbewusst und hoffnungsfroh vorstossende Sozialdemokratie!

SPD. Kassel, 1. Juli (Eig. Drahtb.)

Eine von den Nationalsozialisten für Dienstag-Abend einberufene Versammlung, in der Frick und andere Putschisten reden sollten, ist von dem Kasseler Polizeipräsidenten verboten worden. Die in Aussicht genommenen Parallelversammlungen und Umzüge sind ebenfalls verboten worden.

SPD. Amtlich wird mitgeteilt: Aus Anlass der Befreiung der rheinischen Lande hat der Reichsminister des Innern namens der Reichsregierung an den Gräbern des verstorbenen Reichspräsidenten Ebert und aller verstorbenen Reichsminister Kränze niederlegen lassen in dankbarer Erinnerung an die Verdienste dieser Männer um die Räumung der besetzten Gebiete.

Am Dienstag-Vormittag begab sich Reichskanzler Dr. Brüning, begleitet vom Staatssekretär in der Reichskanzlei Dr. Pünder und von Vertretern der Chefs der Meeres- und Marineleitung auf den Garnison-Kirchhof in der Masenheide. Er legte dort einen Kranz von Eichenlaub im Auftrage des Herrn Reichspräsidenten und einen Lorbeerkranz namens der Reichsregierung nieder, um an diesem Tage dem unauslöschlichen Dank Deutschlands für seine Gefallenen im Weltkriege Ausdruck zu geben.

Die Preussische Staatsregierung hatte zu gleicher Zeit Staatsminister Dr. Hirtsiefer auf den Garnison-Kirchhof entsandt, um gemeinsam mit der Reichsregierung die Toten des Weltkrieges durch einen Kranz zu ehren.

Von hier aus begab sich der Reichskanzler zum Grabe des verstorbenen Reichsministers Stresemann und legte in treuem Gedenken an seine grossen Verdienste um die Befreiung der Rheinlande auch dort einen Kranz der Reichsregierung nieder.

SPD, Zürich, 1. Juli (Eig. Drahtb.)

Die im schweizerischen Kanton Tessin erscheinende sozialistische "Liberta Stampa" kündigt die Veröffentlichung einer von den faschistischen Behörden herausgegebenen schwarzen Liste an. Das Geheimdokument, in dessen Besitz das sozialistische Blatt geraten ist, dient zur Information der italienischen Grenzorgane und enthält mehrere Tausend Namen sowohl italienischer Emigranten als auch sonstiger politisch missliebiger Ausländer.

Glossen

ERSCHEINT NACH BEDARF

Gehirnerweichung und Feigheit.

SPD. Der Diktator mit der Paranoia - so lesen wir als Leiter die Ueberschrift im "Völkischen Beobachter". Ein Diktator mit Gehirnerweichung - wer kann das sein? Sollte Stalin gemeint sein? Oder Mussolini? Oder sollte es sich um einen Anfall von Selbsterkenntnis handeln? Doch nein. Für diesmal ist nur Pilsudski gemeint, und dem wird es im "Völkischen Beobachter" des Herrn Hitler nicht schlecht gegeben. Man erfährt, dass bereits im Jahre 1918 sich bei Pilsudski die Anzeichen eines nervösen Leidens mit Tobsuchtsanfällen zeigten. Im Jahre 1920 habe Pilsudski im polnischen Kriegsrat einen schweren Nervenzusammenbruch erlitten, er sei in Tränen ausgebrochen, man habe ihn zu Bett bringen müssen. Im Jahre 1921 seien die pathologischen Wutausbrüche Pilsudskis das Tagesgespräch der wissenschaftlichen Teilnehmer des medizinischen Kongresses in Warschau gewesen. Der offene Wahnsinn sei im Jahre 1923 auf einem Kongress der polnischen Legionäre ausgebrochen. Dort habe er in einer Ansprache die gemeinsten Zoten gebraucht. Den Höhepunkt habe seine Gehirnerweichung erreicht, als er im Jahre 1926 auf einem Frauenkongress von Fäkalien gesprochen und sich in der drastischen Beschreibung von geschlechtlichen Vorgängen gefallen habe.

Es ist recht interessant, wie das Organ des Herrn Hitler den mit der Diktatur immer verbundenen Grössenwahn auf Gehirnerweichung zurückführt. Den Höhepunkt erreichen die Darstellungen an folgender Stelle:

"Pilsudski war als Ehrengast zu einem Legionärkongress eingeladen. Da er in ständiger Furcht vor Attentaten lebte, verlangte er, dass ihm ein Panzerauto zur Verfügung gestellt würde. Da man dieses nicht zur Stelle hatte, legte er sich lang ausgestreckt auf den Boden seines Autos, um gegen etwaige Schüsse besser geschützt zu sein. Die Feigheit, die ihm allgemein verübelt wurde, ist ein typisches Symptom für seinen pathologischen Verfolgungswahn."

Dies hätte nun nicht kommen dürfen! Es regt zu sehr zu Vergleichen an. Die Furcht Mussolinis vor Attentaten ist bekannt, ebenso, dass er sich auf das strengste bewachen lässt. Wenn er ins Ausland reist, kennt seine Furcht überhaupt keine Grenzen. Und wie war es doch vor der Feldherrnhalle in München, als der grosse Ludendorff auf dem Bauche lag und der grosse Hitler schleunigst in einem Auto flüchtete, während seine Kameraden im Blute lagen? War das nicht auch ein sehr charakteristisches Merkmal für jene besonderen geistigen Züge, die allen Diktatoren zu eigen sind? Wenn ein Diktator den anderen enthüllt, erfährt das Volk die Wahrheit.

Die Flucht aus der Kaserne.

Wer redet noch vom Stahlhelm? Es ist merkwürdig still geworden um ihn! Nicht etwa, dass er sich zurückhalte, weil er im Dunkeln finstere Pläne ausbrütet. Seine Zeit ist ganz einfach vorbei. Sein Ziel war die Verewigung der Kaserne - aber die Mitglieder wollen von der ewigen Kaserne nichts mehr wissen. Sie desertieren selbst in Pommern, wo sie doch durch den Druck der Grossagrarier in die Stahlhelmkaserne gepresst werden. Es ist ein Rundschreiben der Bezirksgruppe I des Stahlhelm bekannt geworden, in dem es heisst:

"Obwohl auf die Wichtigkeit des Bezirksappells, der am 17. Juni stattfand ausdrücklich hingewiesen war, sind Sie nicht dazu erschienen und haben es auch nicht für nötig gehalten, sich zu entschuldigen. Jeder Appell und jede Veranstaltung des Stahlhelm ist Dienst. Sie wollen daher umgehend an die Geschäfts-

stelle schriftlich melden, weshalb Sie den letzten Appell nicht besucht haben. Sollte von Ihnen keine schriftliche Erklärung eingehen, so sieht sich die Führung benötigt, die sich daraus ergebenden Folgerungen zu ziehen. Wir müssen unbedingt mehr Interesse von Ihnen erwarten können."

Das Rundschreiben ist vervielfältigt. Es muss also eine ganz erkleckliche Anzahl von Stahlhelmmitgliedern nicht mehr mitmachen. Wenn die Desertion solchen Umfang annimmt, dann versteht man, warum es stille um den Stahlhelm wird. Wer einmal aus der ewigen Kaserne desertiert, der wird sich natürlich auch nicht durch den Unteroffizierston eines Rundschreibens beeindrucken lassen. Die Herren Offiziere von ehemals finden nicht mehr genügend gemeine Soldaten, die sich kommandieren lassen!

Wut bei Hugenberg.

Die Presse des Herrn Hugenberg kann sich immer noch nicht darüber trösten, dass es der Obstruktion im preussischen Landtag nicht gelungen ist, die Regierung Braun zu werfen. Im Zorn darüber wird im Berliner "Tag" eine kleine Geschichte erzählt, überschrieben: "Die Abgeordnete Else". Eine Abgeordnete X habe nach den letzten Abstimmungen der Abgeordneten Y zugerufen: "Na, Else, was sagste nu? Fein, was?" Dieser Zuruf hat einen Hugenbergmann zu folgendem Erguss veranlasst:

"Ach, Sie ahnen ja gar nicht, was ich empfand, als ich in der Wandelhalle des Landtags Ihr vertrauliches Zwiesgespräch belauschen durfte. Ich sah Sie am Waschfasse stehen und roch den Duft von Presskopf mit Zwiebeln. Aus dem Küchenfenster sah ich Sie liegen im traulichen Geplauder mit Ihrer liebwertén Genossin X. Und über einen Hof voll Kindergeplärr und Leierkastenmusik hörte ich es rufen: Na Else, was sagste nu? Fein, was? Da stand plötzlich ein Glitzern in Ihren Augen, als hätte die Pachulke vom dritten Hof soeben Prögel bekommen."

Das ist alles fein gesagt, was?! Da kommt die ganze Entrüstung und die ganze gekränkte Männlichkeit eines deutschnationalen politischen Männerwracks zutage, das sich immer noch nicht dreinfinden kann, dass im Landtag nicht mehr nur der abzustimmen hat, der nach dem Reitstall riecht!

Kommunisten und Gelbe.

Zwischen gelben Werkvereinlern und Kommunisten besteht eine enge geistige Verbundenheit. In einer Abteilung einer Chemnitzer Maschinenfabrik waren ein Werkvereinler und ein Kommunist mit der gleichen Arbeit beschäftigt. Obwohl der Kommunist neun Jahre und der gelbe erst drei Jahre im Betriebe tätig war, sollte der Kommunist entlassen werden. Er wandte sich an den Betriebsrat; sein Einspruch wurde als berechtigt anerkannt, und weil er länger im Betriebe war, war die Firma bereit, die Kündigung zurückzunehmen. Während der Verhandlungen wurde der Gelbe vom Betriebsleiter gefragt, ob es wahr sei, dass er seine Frau arbeiten lasse, obwohl er wöchentlich 70 Mark verdiene. Als der Werkvereinler das bestätigte, sagte der Betriebsleiter: "Ich kann Sie nun nicht mehr länger halten, Sie müssen gehen." Am Abend dieses Tages gingen der Kommunist und der Werkvereinler mit ihren Frauen spazieren, und am anderen Tage zog der Kommunist seinen Einspruch zurück, damit der Werkvereinler bleiben konnte. Daraufhin sagte der Betriebsleiter zu dem Betriebsratsvorsitzenden: "Da haben Sie's wieder. Pack schlägt sich, Pack verträgt sich!"

Vielleicht wird der Kommunist nun Gelber und der Gelbe dafür Kommunist. Der Unterschied ist wirklich nicht gross - der eine ist so gut eine Schande für die Arbeiterbewegung wie der andere.

Aus aller Welt

Der Körper ohne Kopf.

Ein geheimnisvolles Morddrama in Frankreich.- Die Leiche im Brunnen.- Das Geschwader auf der Loire.- Geständnis nach zermürbender Einzelhaft.

SPD. In der Nähe von Nantes, unmittelbar am Loirefluss, liegt ein kleines Landhaus, Ker Chechette genannt. Hier hat das Drama, das mit einem Urteilspruch über 20 Jahre Zuchthaus ein sensationelles Ende fand, seinen Schauplatz. Ein Garagenbesitzer von Nantes, wollte Ker Chechette, sein Eigentum, an einen Bäcker verkaufen. Der Handel stand vor dem Abschluss. Der Bäcker besichtigte den Garten und fand einen alten Brunnen, der nicht mehr gebrauchsfähig schien. Um sich zu überzeugen, ob noch Wasser darin war, sollten die Bretter abgenommen werden. Im Schweisse des Angesichts arbeitete der Bäcker, endlich löste sich eine Bohle. Ein atemberaubender Geruch kam aus der Tiefe. Die beiden Männer leuchteten mit einer Taschenlampe hinab und schreckten entsetzt zurück. Dort unten schwamm zwischen Fröschen und Wasserpflanzen die Leiche eines Mannes!

Die Mordkommission war schnell zur Stelle. Die Leiche wurde geborgen. Es war der Körper eines jungen Mannes, dessen Kopf mit einem Messer vom Rumpfe getrennt worden war. Der Name des Toten? Er wurde bald ermittelt. Es handelte sich um einen jungen Menschen namens Emil Ordionneau, der nicht gerade in gutem Rufe gestanden hatte. Er war ein Trunkenbold, ein ausschweifender Mensch, der nicht arbeitete, sondern von der Gnade seines Veters, des reichen Viehhändlers Moreau lebte.

Man befragte den Vetter über das Schicksal des jungen Mannes. Der Viehhändler Moreau geriet in grosse Verlegenheit, als die Polizeibeamten bei ihm eintraten. Emil Ordionneau sei ein Taugenichts, sagte er, mit dem er nichts zu tun haben wolle. Er habe ihm sein Haus verboten. Es sei ein Glück für die Menschheit, dass er nicht mehr am Leben wäre. Mit diesen Auskünften gab sich die Polizei nicht zufrieden. Man wusste, dass der Viehhändler noch vor kurzer Zeit Eigentümer des Landhauses Ker Chechette, auf dessen Boden die Leiche gefunden wurde, gewesen war. Konnte Moreau nicht seinen Vetter ermordet und die Leiche heimlich in dem ihm bekannten Brunnen verborgen haben? Es stellte sich bald heraus, dass diese Annahme auf Wahrheit beruhte. In dem Hause des Viehhändlers fand man Blutspuren, über deren Herkunft Moreau nichts zu sagen wusste. Die Geliebte Moreaus, eine junge Frau namens Emilie Hillerau gab im Kreuzverhör an, dass sie Moreau überrascht habe, wie er den blutbeschmutzten Boden aufwischte. Der Viehhändler wurde auf diese Aussage hin in Haft genommen.

Es dauerte mehrere Wochen, bis er sich zu einem Geständnis bequeme. Endlich, von der langen Einzelhaft zermürbt, sagte er die volle Wahrheit. Sein Nefte Emil habe ihn ständig um Geld gebeten. Es sei zu einer Auseinandersetzung gekommen, in deren Verlauf der junge Mensch auf ihn eingedrungen sei. In der Not nahm der Viehhändler ein Messer, stach zu - der Taugenichts lag tot am Boden. Moreau schleppte die Leiche in eine Ecke und wischte den Boden auf; in diesem Augenblick kam die Geliebte hinzu. Ihr erzählte der Viehhändler alles. Sie riet, die Leiche zu zerstückeln und heimlich auf einem abgelegenen Platze zu vergraben. Lange schwankte Moreau, ob er den Vorfall der Polizei melden oder die Leiche beiseite schaffen sollte. Schliesslich trug der schlimme Rat der Freundin den Sieg davon. Mit einem einzigen Messerhieb trennte der Viehhändler den Kopf seines Veters vom Rumpfe. Dann lud er den Körper auf einen Wagen, fuhr ihn bei Nacht hinaus in sein früheres Landhaus und warf ihn hier in den

Brunnen. Der Kopf des Ermordeten wurde, in Papier gewickelt, von der jungen Frau in die Loire geworden.

Das war das Geständnis, das der Viehhändler ablegte. Seine Freundin wurde, trotzdem sie zuerst ihre Schuld bestritt, wegen Beihilfe in Haft genommen. Der Staatsanwalt erteilte der Polizei die Anweisung, den Kopf des Opfers dieser Familientragödie herbeizuschaffen. Tagelang fuhren die Boote auf der Loire hin und her, ganze Geschwader von Schiffen wurden für die Suche angeworben. Es war alles vergebens, der Kopf liess sich nicht finden.

Der Viehhändler Moreau und seine Freundin Emilie Hillerau hatten sich jetzt wegen Mordes vor dem Schwurgericht in Nantes zu verantworten. Der Nachweis eines Verbrechens in Notwehr liess sich nicht erbringen. Nach dramatischer Verhandlung fällten die Geschworenen ihren Spruch. Moreau wurde ebenso wie seine Geliebte schuldig gesprochen. Der Viehhändler erhielt zwanzig Jahre Zuchthaus, während Emilie Hillerau mit fünf Jahren Gefängnis davon kam.

+ + +
Berlins Rheinlandfest. Berlin feiert den freien Rhein. Die Häuser haben reichen schwarz-rot-goldenen Flaggenschmuck angelegt, nur sehr vereinzelt werden von versprengten Volksparteilem, die ihre monarchistischen Komplexe noch nicht völlig abreagiert haben, die wilhelminischen Farben gehisst. Die Patentpatrioten beweisen dem Tag der Rheinlandbefreiung ihre Reverenz durch Interesselösigkeit.

Am Dienstag mittag strömten Zehntausende in den Lustgarten. Um 12 Uhr feuerte die Salutbatterie des Artillerieregiments III (Königsberg-Pr.) 21 Salutschüsse zu Ehren des Rheinlandtags ab. Als der letzte Donner verhallt war, begannen sämtliche Glocken in der Stadt zu läuten; Festmusik im Arbeitslärm des Tages. Währenddessen begingen die nationalsozialistischen Studenten den Rheinlandtag auf ihre Art, indem sie sich vor dem Eingang zur Universität ansammelten und andersdenkende Kommilitonen sowie Passanten beschimpften und bedrohten. Hier musste die Polizei mit dem Gummiknüppel vorgehen und die wildgewordenen Lümmel, die bei jeder Gelegenheit glauben ihre schlechten Manieren beweisen zu müssen, gewaltsam auseinander treiben...

+ + +
Das 47. Opfer. In der Nacht zum Dienstag ist in Lübeck das 47. Calmette-Opfer gestorben. Ausserdem werden fünf Neuerkrankungen gemeldet.

+ + +
Erban wieder da! Der Berliner Kaffeehausbesitzer Erban, der im Zusammenhang mit der Verhaftung der Ladendiebin Nelly Grassnig in den dringenden Verdacht gekommen ist, der Chef einer grossen Hehlerbande zu sein, ist nach seiner Flucht ins Ausland plötzlich wieder nach Deutschland zurückgekehrt und hat sich sofort der Polizei gestellt. Erban bestreitet jede Schuld. Er ist vorerst nicht festgenommen worden.

+ + +
Prohibition-Kommissar für Alkohol! Nach dreijähriger Tätigkeit ist Mr. Campbell, der Prohibitionskommissar von New York, von seinem Amte zurückgetreten. Campbell betont in einer Erklärung, dass er auf Grund der von ihm während seiner Tätigkeit gewonnenen Erfahrung die baldige Aufhebung des Alkoholverbots nur empfehlen könne.

+ + +
Chaplin kommt! Charlie Chaplin kommt demnächst wieder nach Europa, das er nun etwa seit einem Jahr nicht mehr gesehen hat. Die Frucht seiner letzten Reise war das ausgezeichnete Buch "Halloh Europa". Diesmal will er inkognito kommen, also offenbar weniger gefeiert werden, dafür aber umso mehr sehen und studieren.

+ + +
Selma Hartleben +. Im Urban-Krankenhaus in Berlin verstarb im Alter von 68 Jahren Selma Hartleben, die Frau des Dichters, der ihr den Kosenamen "Moppo"

chen" gegeben hatte - ein Name, unter dem sie eine ganze literarische Generation kannte, liebte und - vergass...

+ + +
Jugendliche Räuber. In der Lüneburger Heide wurden zwei 17 jährige Bur-
schen und ein 15 jähriges Mädchen bei dem Versuch, ein Auto zu überfallen und
mit vorgehaltenem Revolver von den Insassen Lösegeld zu erpressen, nach län-
gerem Feuerkampf verhaftet. Vor wenigen Tagen war es dem edlen Kleeblatt ge-
lungen, ein von Düsseldorf nach Rathingen fahrendes Auto zu überfallen und
hundert Mark Lösegeld zu erpressen.

+ + +
Mord um 5 Pfennig! Ein Glogauer Reichswehrsoldat geriet wegen einer Bier-
vertäuferung von fünf Pfennigen pro Glas mit einem Glogauer Gastwirt in einen
sehr heftigen Streit, der damit endete, dass der Soldat den Wirt mit dem Sei-
tengewehr kurzerhand erstach. Der Mörder wurde verhaftet.

+ + +
Zaubertrank mit Leichenzusatz. Das im südbulgarischen Rosental liegende
Städtchen Kaolfer erlebte dieser Tage ein nicht alltägliches Vorkommnis, das
die Bevölkerung in helle Aufregung versetzte. Eine Frau, die sich am frühen
Morgen auf den Friedhof begeben hatte, um dort am Grabe ihres erst wenige Tage
zuvor beerdigten Mannes zu weilen, fand das Grab geöffnet und - zu ihrem Ent-
setzen - die Leiche des Kopfes beraubt. Grosser Aufruhr in dem sonst so ruhi-
gen Städtchen. Wer ist der Übeltäter und Leichenschänder? Die Polizei vermutete
zunächst einen viehischen Racheakt, denn der Tote hatte recht viele Feinde. Ein-
nige Leute wurden verhaftet und verhört, mussten aber wieder freigelassen wer-
den, da ihr Alibi einwandfrei war. Wenige Tage später beobachteten Schüler, wie
sich einige Strassenhunde auf einer Baustelle in der Nähe des Friedhofes um
einen menschlichen Kopf balgten. Es war der Schädel der geschändeten Leiche,
der auch von den Verwandten des Verstorbenen als solcher erkannt wurde. Von dem
Schädel war die obere Decke fein säuberlich abgemeisselt und das Gehirn heraus-
genommen worden. Dieser Umstand gab der Polizei einen bestimmten Fingerzeig.
An der Peripherie der Stadt wohnte eine alte Zigeunerin, der schon lange un-
heimliche Dinge nachgesagt wurden. Die Alte wurde viel aufgesucht und galt als
Helferin in allen möglichen schwierigen und auch dunklen Fällen. Bald betätig-
tete sie sich als Kurpfuscherin, bald als Herstellerin von Liebestränken. Kin-
der und häufig auch Erwachsene wichen der "Hexe" aus, von der man sogar behaup-
tete, dass sie Zaubertränke aus Menschenmark bereite. Die Polizei nahm die
Zigeunerin fest. Das nach "bewährten" balkanischen Methoden vorgenommene Ver-
hör ergab schnell, dass die Alte zusammen mit ihrem Sohn Grab und Sarg geöff-
net und den Leichnam geschändet hatten. Zur Bereitung eines Zaubertrankes, den
ein abgewiesener Verliebter der kalten Angeboteten eingeben sollte, um sie für
sich zu gewinnen, hatte das furchtbare Weib ein menschliches Hirn benötigt, in
dessen Besitz sie sich auf diese schaurige Weise setzte. Um die "Echtheit" und
"Wirksamkeit" des Rezeptes zu belegen, zeigte sie den Behörden ein uraltes
Rezeptbuch in türkischen Schriftzeichen vor, das tatsächlich dieses grausige
"Zaubermittel" empfiehlt.

+ + +
Zeppelins Rheinlandbesuch. Am 6. Juli wird das Luftschiff "Gräf Zeppelin"
zu einer Rundfahrt über dem besetzt gewesenen Rheinland aufsteigen. Im Flug-
hafen Köln wird das Luftschiff zwei Landungen ausführen.

+ + +
Frick hereingefallen. Auf Antrag des thüringischen Innenministers Frick
beschäftigte sich die Berliner "Prüfstelle für Schund und Schmutz" mit der
Frage der Beschlagnahme mehrerer Romane des französischen Autors Detobra. Nach
kurzer Beratung wurde der Frick'sche Antrag kostenpflichtig abgewiesen.

Gewerkschaftliche Rundschau ✖

Beamate und Reichshilfe.

SPD. Die letzte Aussprache des Reichskanzlers mit den Beamtenspitzenorganisationen über die Notopferfrage hat die Beamtenschaft zu keiner Aenderung ihrer Haltung bewegen können. Der Hauptgrund dafür liegt darin, dass die neue Notopfervorlage wohl einige finanzielle Abschwächungen und Erleichterungen enthält, in ihrem Grundcharakter jedoch keine Aenderung erfahren hat. Der Allgemeine Deutsche Beamtenbund hat sofort nach der Besprechung mit der Regierung in einem Schreiben an den Reichskanzler nochmals gegen die Notopferpläne Protest erhoben. Das Schreiben des ADB lautet in seinem Kernstück:

"Wir nehmen Gelegenheit, wiederholt darauf hinzuweisen, dass wir gegen die in Gestalt einer "Reichshilfe" den Beamten aufzuerlegende Sondersteuer die stärksten beamtenpolitischen und allgemeinen Bedenken haben. Wir müssen sie insbesondere in der vorgeschlagenen Form - zu niedrige Freigrenze, keine Staffelung nach oben, keine Berücksichtigung des Familienstandes - ablehnen als eine Massnahme, die den Verfassungsgrundsatz der Gleichmässigkeit der Besteuerung und der Berücksichtigung der Leistungsfähigkeit in bedenklichem Masse ausser Acht lässt. Die von uns vertretenen Beamten, die zum grössten Teil gering besoldet sind, glauben auch in der heutigen Notlage des Reiches ein Recht auf Würdigung ihrer Lage zu haben, umso mehr, als sie angesichts der gegenwärtigen finanziellen und wirtschaftlichen Schwierigkeiten ihre Bereitschaft zum Ausdruck gebracht haben, bei gerechter Verteilung der öffentlichen Lasten entsprechend ihren Kräften an deren Aufbringung mitzuwirken." -

Der Reichskanzler wurde in seiner Besprechung mit den Vertretern des Allgemeinen Deutschen Beamtensbundes darauf hingewiesen, dass man ein kleines Beamtengehalt von 165 Mark mit über 4 Mark Notopfer belasten wolle, d.h. mit einer Summe, die bei den geplanten allgemeinen Einkommensteuerzuschlag erst bei einem Einkommen von etwa 11 000 Mark in Erscheinung trete. Dem einseitig belasteten kleinen Beamten nehme man dann noch im früher besetzt gewesenen Gebiet die Sonderzuschläge, d.h. man mute ihm eine Gehaltssenkung von 3 bis 5 % zu. Die vorgesehene Freigrenze, die angeblich für die ganz schlecht besoldeten Beamten einen gewissen Schutz darstellen sollte, sei, bei Licht betrachtet, nichts anderes als eine Täuschung. Nur ganz wenig Leute aus den untersten Gruppen, in der Hauptsache fast nur Soldaten, würden unter die Freigrenze fallen. Die Regierung hat, auf diese Härten aufmerksam gemacht, eine Nachprüfung der Verhältnisse zugesagt.

Wie am Sonnabend der Allgemeine Deutsche Beamtensbund, so hat am Dienstag der Vorstand des Deutschen Beamtensbundes der Reichsregierung seine Stellungnahme zu der neuen Notopfervorlage mitgeteilt. Der Vorstand des DBB stellt fest, dass bei aller Anerkennung der vorgesehenen Verbesserungen die beabsichtigte Belastung der Beamten immer noch erheblich höher ist als die der übrigen Volksschichten in gleicher oder besserer wirtschaftlicher Lage. Ein grosser Teil der Beamten werde auch nach der neuen Vorlage mehrfach erfasst, so die ledigen Beamten - die geplante Ledigensteuer sei sogar erheblich erhöht worden - ferner die Beamten mit einem Einkommen von über 8 000 Mark, die sowohl den Zuschlag zur Reichshilfe als auch den zur Einkommensteuer auf sich nehmen sollen, vor allem aber die Beamten im besetzt gewesenen Gebiet, die schon durch den Wegfall der Besatzungszulage und der örtlichen Sonderzuschläge eine sehr

fühlbare Einbusse in ihren Einnahmen erleiden. Die Sonderbelastung der Beamtenschaft sei also in der neuen Vorlage, wenn auch finanziell abgeschwächt, bestehen geblieben.

"Der Vorstand", so heisst es in der Entschliessung des DBB zum Schluss, "kann nicht übersehen, dass es sich bei der Reichshilfe in Wirklichkeit um eine umschriebene Gehaltskürzung handelt, gegen die er sich umso nachdrücklicher wenden muss, als nicht zu erkennen ist, ob endlich ernst gemacht wird mit wirkungsvollen Massnahmen, die das künstlich hochgehaltene innere Preisniveau herabdrücken und zu einer allgemeinen Preissenkung führen. Schliesslich kann der Vorstand die Befürchtung nicht unterdrücken, dass trotz der jetzt geplanten Regelung in wenigen Monaten die gleichen Schwierigkeiten wieder vorliegen, das jetzt verlangte Opfer also vergeblich gebracht worden wäre. In Erkenntnis der grossen Not, in der sich viele Volksgenossen und der Staat selbst befinden, versichert der Vorstand erneut die wiederholt ausgesprochene Bereitwilligkeit der Beamtenschaft, im Rahmen der Gesamtheit nach Kräften zur Ueberwindung der finanziellen Schwierigkeiten beizutragen. Er sieht sich aber ausserstande, einer Sonderbelastung der Beamtenschaft oder einer Gehaltskürzung zustimmen zu können. Er erwartet daher vom Reichsrat und dem Reichstag, dass sie die Regierungsvorlage, soweit sie eine Sonderbelastung der Beamtenschaft vorsieht, ablehnen."

SPD. Der Gewerkschaftsführer und Reichstagsabgeordnete Hermann Müller-Lichtenberg konnte am Dienstag auf 25 Jahre Arbeit in der Zentrale der freien Gewerkschaften zurückblicken. Er ist seit dem 1. Juli 1905 in verschiedenen Positionen des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes tätig gewesen. Die Arbeitsleistung Hermann Müllers, der seit Jahren vor allem als Führer der deutschen Arbeitergruppe in der Internationalen Arbeitsorganisation tätig ist, braucht nicht im einzelnen dargelegt zu werden. Sein Name ist mit der freien Gewerkschaftsbewegung verwachsen, wie der eines Legien oder Leipart.

Wir wünschen dem Kämpfer noch viele Jahre der Gesundheit und Rüstigkeit, damit seine reichen Erfahrungen noch mehr wie bisher dem Aufstieg der Arbeiterklasse zu gute kommen können.

SPD. Die Exekutive der Fabrikarbeiter-Internationale hielt dieser Tage in Dresden eine Sitzung ab. Wie der internationale Sekretär de Jonge -Amsterdam mitteilte, stieg die Mitgliederzahl der angeschlossenen Verbände im vergangenen Jahr um 40 000 auf 593 000. Die Verschmelzung des deutschen und des tschechischen Fabrikarbeiterverbandes in der Tschechoslowakei ist bis jetzt noch nicht geglückt. In England stehen trotz des Anschlusses zweier Verbände noch Zehntausende von Fabrikarbeitern ausserhalb der Internationale. In Frankreich sollen die beiden Gewerkschaftsverbände der Papier- und der chemischen Industrie zu einem Fabrikarbeiterverband vereinigt werden. Der Organisierung der Arbeiter in der Zündholzindustrie wird künftig besondere Aufmerksamkeit geschenkt werden.

Die Finanzlage der Internationale wurde in der Aussprache als befriedigend bezeichnet. Die Vorstände der Keramischen und der Fabrikarbeiter-Internationale werden zwecks Besprechung der Vereinigungsbestrebungen zu einer gemeinsamen Tagung zusammenberufen werden.

SPD. Für den Schutz der arbeitenden Jugend hat der Internationale Gewerkschaftsbund eine Broschüre herausgegeben. Sie ist in deutscher Sprache abgefasst, wird aber binnen kurzem auch in französischer und englischer Sprache erscheinen. Mindestalter der Zulassung zur Erwerbsarbeit, Regelung der Arbeitszeit, Nachtarbeit, Arbeit untertage in Bergwerken, Arbeitsaufsicht und noch eine ganze Reihe von wichtigen Arbeiterjuschutzfragen werden in der Broschüre eingehend behandelt. Darüber hinaus bringt sie Uebersichten über Gesetze verschiedener Länder, die die gewerkschaftliche Organisierung jugendlicher Personen beeinträchtigen oder unter bestimmte Bestimmungen pressen. Den Schlussteil der Broschüre bilden Zusammenstellungen über den bezahlten Urlaub jugendlicher Arbeiter, über die Regelung der Arbeitsbedingungen der Jugendlichen in den Tarifverträgen und über die Berufsberatung. Das Jugendschutzprogramm des IGB und das Internationale gewerkschaftliche Bildungsprogramm sind der Broschüre beigelegt. Ihr Preis beträgt nach deutschem Geldwert 1,50 M.

Die Arbeiterjugend sollte sich das ihr vom IGB gewidmete Bändchen recht genau ansehen; denn nicht mit Gefühlen allein kommt die Jugend vorwärts; sie braucht auch klare und gediegene Kenntnisse über sich selbst.

SPD. Die Nichtorganisierten sind die Lieblinge der Arbeitgeber. Sie erfreuen sich des besonderen Schutzes der Fabrikdirektoren und Arbeitgebersyndic. Neuerdings führen die Direktoren sogar für die Unorganisierten Schadenersatzklagen gegen die Gewerkschaften, wie folgender Fall zeigt:

Durch den vor kurzem beendeten Textilarbeiterstreik in Maulburg (Baden) war auch die Arbeiterschaft der Textilbetriebe in Steinen in Mitleidenschaft gezogen worden. Obwohl eine 14-tägige Kündigungsfrist bestand, war die Belegschaft von der Firma von einer Stunde auf die andere nach Haus geschickt worden. Die Nichtorganisierten erhielten keine Unterstützung. Eines Tages wurden sie von der Direktion des Betriebes aufgefordert, sich in Listen einzutragen. Anfangs glaubte man, die Firma wolle sich grosszügig zeigen und den Unorganisierten als Anerkennung und Dank dafür, dass sie keiner Organisation angehören für die Dauer des Streiks Unterstützung gewähren. Bald zeigte sich jedoch, dass der Zweck der Listenaufstellung ein ganz anderer war. Die Firma brauchte die Namen, einmal um feststellen zu können, wieviel Leute in Steinen nicht organisiert sind, und dann, um die Gewerkschaften schadenersatzpflichtig machen zu können. Tatsächlich ist auch bereits den Gewerkschaftsvertretern Kieslich vom Deutschen und Kindle vom Christlichen Textilarbeiterverband eine Klageschrift zugegangen, wonach sechs unorganisierte Arbeiter von Steinen - vertreten durch den Fabrikdirektor Dr. Walz und den Rechtsanwalt Grimm-Lörrach, im Hauptamt Syndikus des Deutschen Textilarbeitgeberverbandes - auf Schadenersatz klagen. Die Nichtorganisierten machen die Gewerkschaften dafür haftbar, dass sie mit der Arbeit aufhören mussten und ohne Kündigung auf die Strasse gesetzt wurden. Die Gewerkschaften sollen den Lohnausfall bezahlen.

Der hier anhängig gemachte Prozess dürfte recht interessant werden. Wir werden nicht verfehlen, über ihn zu berichten. Dass es heute noch Arbeiter gibt, die ihre Interessenvertretung einem Fabrikdirektor und einem Syndikus des Arbeitgeberverbandes anvertrauen, ist ein starkes Stück.



Nachwort zu den Elektroskandalen.

Notwendige Forderungen.

SPD. Die Elektrowerke Westfalen (VEW) teilen mit, dass die Umbildung des Unternehmens in eine Aktiengesellschaft und die Erhöhung des Aktienkapitals um 60 Millionen auf 120 Millionen Mark durchgeführt ist. Damit hat der elektropolitische Skandal in Westdeutschland seinen vorläufigen Abschluss gefunden und die Vertreter des Finanzkapitals und der Schwerindustrie ziehen in das bis dahin rein kommunale Unternehmen ein. In den Aufsichtsrat der VEW tauchen neben Vertretern der Kommunen Namen aus der Berliner Finanz und der rheinisch-westfälischen Privatwirtschaft auf: so der Düsseldorfer Bankier Bandel von dem mit der Deutschen Bank-Discontogesellschaft verbundenen Barmer Bankverein, Bankier Harff, Mitinhaber des Bankhauses Simon Hirschland-Essen, das Finanzgenie der Deutschen Bank-Discontogesellschaft, Direktor Dr. Kehl und die Dortmunder Stütze des genannten Unternehmens Bankdirektor Kruse, weiter der Montanindustrielle Dr. Silverberg und schliesslich Generaldirektor Springorum vom Ruhrtrust. Das amerikanische Bankhaus Harris Forbes & Co. New York, das den Millionenkredit für die VEW beschafft, ist durch den Ingenieur William St. Hulse vertreten. Vorsitzender des Aufsichtsrat ist Oberbürgermeister Dr. Eichhoff-Dortmund, d.h. den Kurs bei den VEW wird Dr. Kehl von der DD-Bank bestimmen, der sich nach aussen hin mit der Rolle des ersten stellvertretenden Vorsitzenden begnügt. Den ersten Vorstand bilden die bisherigen Generaldirektoren Dr. Fischer und Dr. Krone.

Zu gleicher Zeit trifft die Nachricht ein, dass die Breslauer Stadtverordnetenversammlung das Geschäft des Breslauer Bürgermeisters mit dem Gesfürelkonzern genehmigt hat. Dieses Geschäft bindet die Stromversorgung Breslaus an den privaten Gesfürelkonzern, dessen Direktor Dr. Oliven als Hauptschärfmacher gegen die öffentliche Elektrowirtschaft bekannt ist. Durch den Vertrag der Stadt Breslau mit der Gesfürel geht das wichtigste Stromversorgungsgebiet Schlesiens dem reichseigenen Unternehmen, den Elektrowerken, verloren. Es sei hier erinnert, dass man gerade auf den Grossabnehmer Breslau gerechnet hatte, als die Elektrowerke an den Bau des Grosskraftwerks Cosel in Oberschlesien gingen. Darüber hinaus besteht angesichts der finanziellen Situation Breslaus die Gefahr, dass das Gebiet früher oder später als reife Frucht ganz in die Hände Dr. Olivens fällt.

Dabei gab es für Breslau Auswege, diesen gefährlichen Pakt zu vermeiden. Auch bei den VEW hat die Möglichkeit bestanden. Man erfährt jetzt, dass der preussische Elektrizitätstrust (Preag) noch kurz vor der Entscheidung den Vorschlag gemacht hat, den VEW einen entsprechenden Zwischenkredit zur Verfügung zu stellen. Das wurde abgelehnt. Man behauptet, dass die beiden Generaldirektoren bei den VEW, Dr. Krone und Dr. Fischer, durch die Annahme des preussischen Vorschlags befürchteten, dem Rheinisch-Westfälischen Elektrizitätswerk (EWE) angegliedert zu werden, wo sie zwei von Dutzenden Direktoren gewesen wären. Unter der Herrschaft der DD-Bank können sie ihr bisheriges Generaldirektorendasein weiterführen. Man will wissen, - wir geben dieses Gerücht hier nur referierend wieder - dass derartige Ueberlegungen bei der ganzen Aktion eine grosse Rolle gespielt haben. Diese Selbständigkeit zweier

Generaldirektoren ist einer Verschleuderung von öffentlichen Werten aber recht teuer bezahlt. Wir verlangen, dass auf Grund des Skandals in Breslau und bei den VEW schleunigst überprüft wird, ob die bisherigen gesetzlichen Bestimmungen ausreichen, um solchen Gefahren in Zukunft entgegenwirken zu können. Wir kommen zu dem Schluss, dass das Vetorecht der Aufsichtsbehörden bald und unbedingt verschärft werden muss.

Im übrigen ist durch die letzte Aktion die Zersplitterung in der deutschen Elektrowirtschaft vermehrt worden. 1½ Wochen lang hat uns die Weltkraftkonferenz mit unwiderleglichen technischen und wirtschaftlichen Argumenten die Notwendigkeit einer einheitlichen Elektrowirtschaft und einer einheitlichen Elektropolitik bewiesen. Ohne diese Einheitlichkeit, so sagten uns die Kapazitäten des In- und Auslandes, wären wir nicht in der Lage, die Probleme auf diesem Gebiet - wir erinnern nur an die Wichtigkeit einer Steigerung der Benutzungsdauer, die für die Rentabilität der Werke entscheidend ist - zu lösen. Wir handeln diesen technischen und wirtschaftlichen Erkenntnissen entgegen. Wir kommen immer mehr zu einer Rückentwicklung, anstatt die sich in den Grundzügen ausgebildeten Elektroprovinzen in Deutschland straff zusammenzufassen. Die notwendige Vereinheitlichungspolitik wird eigentlich nur von Preussen ernst genommen. Unter den grossen Elektroriesen ist es allein der preussische Elektrotrust, die Preag, der sich konsequent für die Vereinheitlichung einsetzt. In diesem Zusammenhang muss auch einmal etwas über die Reichselektrowerke gesagt werden. Sie sind mit der Preag an der Gründung einer Reichselektrogesellschaft beteiligt, die vor längerer Zeit erfolgte. Man hat aber bisher nichts davon vernommen, dass sich diese Dachgesellschaft ausgewirkt hat. Sie scheint ein Haus ohne Einwohner zu sein. Davon, dass die Reichsdachgesellschaft die harrenden grossen Aufgaben in Angriff genommen hätte, hat man leider bis jetzt nichts gehört. Wohl hört man, dass die merkwürdige und auffallende Passivität nicht zuletzt auf die Reichselektrowerke zurückzuführen ist.

Der Dortmunder Fall gemahnt auch an eine Forderung, die mal vor Jahren aufgestellt wurde, seitdem aber in Vergessenheit geraten ist, nämlich daran, endlich mal für die öffentliche Elektrowirtschaft ein entsprechendes Finanzierungsinstitut zu schaffen. Wir setzen uns dabei keineswegs dem Verdacht aus, eine Überorganisation im Bankwesen zu begünstigen; denn hier klafft tatsächlich eine Lücke. Das Reich und Preussen haben seine Banken. Die Reichskreditgesellschaft ist auch weitgehend auf dem Gebiet der Industriefinanzierung tätig. Es liegt aber im Wesen der bestehenden Institute, dass sie sich nicht ausschliesslich elektrowirtschaftlich festlegen können. Das ist aber unbedingt erforderlich. Wir hätten die Finanzierungsschwierigkeiten in den letzten Monaten mildern können, wenn wir ein Institut gehabt hätten, das von weit her und auf Sicht auf diesem Gebiet arbeitete. Da dieses Institut fehlte, kam es dazu, dass die einzelnen öffentlichen Unternehmungen, wenn sie der Schuh drückte, planlos auf die Kapitalstraße gingen und schliesslich bei privaten Finanzierungsinstituten landeten, wo sie, wie die Fälle VEW und Breslau beweisen, regelrecht ausgeschlachtet wurden.

SPD. Die Hannoversche Bodenkreditbank, eine Tochtergesellschaft der Berliner Arbeiterbank, hat sich entschlossen, zum 7-prozentigen Pfandbrieftyp überzugehen. Der Einführungskurs an der Berliner Börse dürfte sehr wahrscheinlich 96,5 % betragen.

Der Schritt der Hannoverschen Bodenkredit ist grundsätzlich zu werten. Bekanntlich ist die Stagnation auf dem Baumarkt u.a. darauf zurückzuführen, dass sich weite Kreise in ihrem Bauvorhaben zurückhalten, weil sie mit einer Senkung der Pfandbriefzinsen rechnen. Man will sich also nicht mit den gegenwärtig hohen Hypothekenkosten belasten. Für die Zinssenkung kommt der Übergang zum 7%igen Typ in Frage. Dieser Forderung trägt jetzt die Hannoversche Bodenkredit Rechnung.

SPD. In der deutschen Metallverarbeitung ist eine grössere Umgruppierung zu erwarten und zwar handelt es sich um eine Eingliederung der Berg=Heckmann=Selve A.G. in den Frankfurter Metallkonzern (Merton). Die Berg=Heckmann=Selve wurde 1927 bei starker Reduzierung der Stammkapitalien zusammengeschweisst. Die Erwartungen, die aber an die Rationalisierung geknüpft worden sind, erfüllten sich nicht. Das Unternehmen steht gegenwärtig wieder vor einem neuen Kapitalschnitt. An der Berg=Heckmann=Selve A.G. ist auch die reieigene Viag beteiligt. Wie wir hören, wird sich an ihrer Beteiligungsquote nach der Fusion mit dem Metallkonzern jedoch nichts ändern. Der Metallkonzern wird die Berg=Heckmann=Selve wahrscheinlich mit der Hedderheimer Kupferwerke und Süddeutsche Kabelfabriken G.m.b.H. vereinigen. Allem Anschein nach dürfte die Transaktion teilweise zu Stilllegungen führen.

SPD. Das Reichsfinanzministerium hat zum Sonnabend eine Konferenz der Ländervertreter einberufen, in der über die neuen Richtlinien für die Beratungsstelle verhandelt werden soll. Nachdem, was über die neuen Richtlinien bekannt geworden ist, gewinnt man den Eindruck, als ob die schweren Schädigungen des Beschäftigungsgrades der deutschen Wirtschaft, die von der falschen Politik der Unterbindung von öffentlichen Anleihen durch die Beratungsstelle in den vergangenen Jahren ausgegangen sind, noch nicht genügt haben, um das Reichsfinanzministerium zu einer wirklichen Umkehr zu bewegen.

Es verlautet z.B., dass die Kontrolle der Auslandsanleihen der Gemeinden im wesentlichen wie bisher fortgesetzt werden soll. Der einzige Unterschied (der allerdings als ein gewisser Fortschritt anzuerkennen wäre) soll darin liegen, dass der Verwendungszweck und die Dringlichkeit der einzelnen Anleihen künftig von den zuständigen Zentralbehörden der Länder geprüft werden und diese Zentralbehörden nur bei der Weitergabe der Anträge an die Beratungsstelle zu erklären haben, dass sie die Frage der Zweckmässigkeit und produktiven Verwendung der Anleihen bejahen. Die Beratungsstelle selbst soll dann lediglich die Bedingungen der Anleihe (Höhe der Verzinsung, Emissionskurs usw.) zu prüfen haben. Diese Prüfung der Bedingungen hat sich auch auf kurzfristige Kredite der Kommunen zu erstrecken.

Diese Regelung bedeutet im wesentlichen, dass die Frage, ob es im gegebenen Augenblick nützlich ist zu bestimmten Bedingungen Auslandskredite aufzunehmen oder nicht, nach wie vor von der Beratungsstelle allein zu entscheiden sein wird. Es unterliegt keinem Zweifel, dass auch, wenn man damit rechnet, dass die Zentralbehörden der Länder vernünftiger Richtlinien hinsichtlich der Beurteilung der produktiven Verwendung befolgen könnten, als sie früher von der Beratungsstelle unter dem entscheidenden Einfluss des Reichsbankpräsidenten Dr. Schacht aufgestellt worden sind, doch die Beratungsstelle weiter auf dem Wege über die Bedingungsfrage eine zentrale Herrschaft ausüben kann. Anstelle der Selbstkontrolle, die die Gemeinden in den unter Führung des Städtetages eingerichteten Kreditausschüssen zu üben bereit sind, soll also die Bevormundung durch eine Instanz aufrecht erhalten bleiben, die ihre Unfähigkeit, die Entwicklung des internationalen Kapitalmarkts richtig einzuschätzen, in den vergangenen Jahren nachdrücklich bewiesen hat.

Aber man begnügt sich nicht einmal damit, den bestehenden Kontrollapparat im wesentlichen zu erhalten, sondern man will ihn auch auf die kommunalen Inlandsanleihen ausdehnen. Hier soll zwar das Genehmigungsrecht bei den Ländern verbleiben. Die Länder ihrerseits aber sollen sich verpflichten, keine Anleihen zu genehmigen, deren Bedingungen den Richtlinien, die die Beratungsstelle von Zeit zu Zeit ihnen bekanntgeben wird, widersprechen. Die Länder sollen auch verpflichtet sein, der Beratungsstelle die ihm vorliegenden Anleiheanträge mitzuteilen und die Beratungsstelle soll das Recht haben, hinsichtlich der Bedingungen Einspruch zu erheben und Abänderungen zu fordern.

Die Tendenz der neuen Richtlinien ist offenbar durch ein gewisses Entgegenkommen in der Form an die zentralen Behörden der Länder die Kontrolle über die Kapitalbeschaffung der Gemeinden und anderer öffentlicher Selbstverwaltungskörper möglichst fest auszubauen. Das birgt praktisch die Gefahr in sich, dass die für eine Erweiterung der Beschäftigungsmöglichkeiten in der deutschen Wirtschaft so dringend notwendige Zufuhr von Auslandskapital in der Form langfristiger Kommunalanleihen weiter gehemmt bleiben wird, und dass im besonderen durch einen schwerfälligen bürokratischen Apparat es den Gemeinden unmöglich gemacht werden wird, einen günstigen Augenblick im Verkehr mit ausländischen Kreditgebern auszunutzen.

Die Zusammensetzung der Beratungsstelle soll nach den Plänen des Reichsfinanzministeriums unverändert bleiben. Wenn diese Pläne verwirklicht werden würden, so bestünde die einzige Hoffnung darin, dass der Einfluss der Reichsbank nach dem Ausscheiden Dr. Schachts ein weniger unvernünftiger sein wird als früher. Aber auch diese Hoffnung ist sehr ungewiss. Deshalb erwarten wir, dass die Regierungen der Länder sich weigern werden, diesem Abkommen, das im wesentlichen der ungünstigen Aufrechterhaltung der Hemmungen für die ausländische Kapitaleinfuhr dient und das Sonderrecht für den öffentlichen Kapitalbedarf gegenüber dem privaten Kapitalbedarf verewigen will, ihre Zustimmung verweigern würden. Das Gebot der Stunde in dieser schweren Krise am Arbeitsmarkt ist nicht eine Aufrechterhaltung und Erweiterung des bürokratischen Hemmungsapparates, sondern die freie Bahn für mögliche Auslandsanleihen der Gemeinden, damit sie durch Konsolidierung der unter dem Druck der Anleihsperre angewachsenen schwebenden Schulden wieder beweglich für eine vernünftige Politik zur Förderung der Arbeitsbeschaffung werden. Wenn man sich durchaus nicht ganz von der Beratungsstelle trennen will, deren Funktionen an sich durch die Kreditausschüsse der Gemeinden und des Aufsichtsrechtes der zentralen Behörden der Länder hinreichend erfüllt werden kann, so soll man wenigstens die Beratungsstelle zu dem umgestalten, was sie ihrem Namen nach sein sollte, nämlich zu einer zentralen Instanz zur Unterrichtung und Beratung der Länder und der Kreditausschüsse der Länder, der aber das Einspruchsrecht vollkommen genommen werden muss. Wenn das Reichsfinanzministerium statt dessen die Herrschaft dieser Instanz ausbauen will, so dient es damit nur den Interessentenwünschen, die aus Feindschaft gegen die öffentliche Wirtschaft die Gemeinden weiter in der Geldbeschaffung drosseln wollen. In dem Augenblick, in dem alle politischen Kräfte eingesetzt werden müssen, um die Belebung der Wirtschaft zu fördern, wirkt es geradezu herausfordernd, wenn man die Instrumente zur Hemmung der Kapitaleinfuhr und damit zur Hemmung der Besserung am Arbeitsmarkt noch verschärfen will. Diesen Plänen muss von der Sozialdemokratie der schärfste Widerstand entgegen gesetzt werden. Wir fordern Erleichterung für die Auslandsanleihen der Kommunen, weil wir vermehrte Arbeitsmöglichkeit schaffen wollen, und nicht die Vergrößerung eines behördlichen Apparats, der uns nur Schaden gebracht hat.

SPD. Der vom preussischen Handelsministerium herausgegebene Konjunkturbericht für den Monat Juni 1930 stellt eine gewisse Belebung im Braunkohlen- und Kalibergbau fest. Im übrigen habe sich die unbefriedigende Lage nicht geändert.

Rauhfutternotierungen.

(Berlin, den 1. Juli).

Drahtgepresstes Roggenstroh (Quadratballen)RM.	1:--	-	1,15
" " Weizenstroh	" "	-.85	-	1,05
" " Haferstroh	" "	-.60	-	-.70
" " Gerstenstroh	" "	-.60	-	-.70
Roggen=Langstroh, 2 mal mit Stroh gebündelt	-.85	-	1,--
Bindfadengepresstes Roggenstroh	-.75	-	-.85
" " Weizenstroh	-.60	-	-.70
Häcksel	1.50	-	1,70
Handelsübliches Heu, gesund und trocken	1.50	-	1,70
Gutes Heu, gesund und trocken	1.90	-	2,20
Luzerne, lose	2.45	-	2,70
Thymothee, lose	2.40	-	2,60
Kleeheu, lose	2.30	-	2,50
Mielitz-Heu, lose, rein		-	
" " (Warthe)		-	
" " (Havel)		-	
Drahtgepresstes Heu	0,40	über	Notiz

Tendenz ruhig.

Buttermarkt.

SPD. Offizielle Feststellung der Berliner Butternotierungskommission vom 1. Juli: I. 140 Mark, II. 130 Mark, III. 114 Mark je Zentner, Tendenz fest.

SPD. Das alte Bankhaus Lazard Speyer-Ellissen schliesst das verflossene Jahr mit einem Verlust von rund 900 000 Mark ab gegenüber einem Reingewinn von 2,77 Millionen Mark im Vorjahr. Dabei ist zu berücksichtigen, dass starke Mittel für Abschreibungen usw. verwandt worden sind. Der schlechtere Geschäftsverlauf ist u.a. stark von den Vorgängen in der Kunstseidenindustrie beeinflusst worden. In dem Bericht fällt der Posten Handlungskosten und die für die Veränderungen dieses Postens gegeben wird, auf, während sich der Bruttoertrag von 7,97 Millionen Mark auf 2,08 Millionen Mark verringerte, reduzierten sich die Handlungskosten von 5,2 Millionen auf 2,98 Millionen Mark. Es liegt keine eigentliche Einsparung vor, sondern die Aktionäre haben, wie der Geschäftsbericht betont, auf die Ausschüttung der Tantieme verzichtet. Die Tantiemen machen also bei dem Frankfurter Bankhaus einen wesentlichen Teil der Handlungskosten aus. Wir stellen das fest, da gewöhnlich immer die Behauptung aufgestellt wird, die gezahlten Tantiemen seien so gering, dass sie auf die Ertragsrechnung kaum Einfluss hätten.

Preise für neuen Roggen.

(Berliner Produktenbörse vom 1. Juli)

SPD. Die Berliner Produktenbörse verkehrte am Dienstag in gut stetiger Haltung. Die Eröffnungsnotierungen am Markte der Zeitgeschäfte lauteten für Roggen unverändert, für Weizen um 1 bis $1\frac{1}{2}$ Mark schwächer, konnte sich jedoch im Verlaufe der Börse auf Grund festerer Meldungen aus Liverpool merklich befestigen. Am Lokomarkt war das Angebot in neuem Roggen gering, obwohl in verschiedenen Orten der Mark Roggen bereits geschnitten sein soll. Die von den Eignern verlangten Preise liessen sich nicht durchsetzen. Auch in neuem Weizen war das Angebot klein und auch hier blieb die Umsatztätigkeit gering. In altem Weizen lag spärliches Angebot vor, das nur vereinzelt zu unveränderten Preisen Aufnahme fand. Alter Roggen wurde weiter gestützt. Am Mehlmarkt liessen sich trotz entgegenkommender Forderungen der Mühlen keine grösseren Umsätze erzielen. Hafer hatte unveränderte Preise. Bei kleinem Angebot war auch die Nachfrage nicht allzu gross.

	<u>30. Juni</u>	<u>1. Juli</u>
	(ab märkische Station in Mark)	
Weizen	285 - 290	285 - 290
Roggen	172 - 177	172 - 177
Braugerste	-	-
Futter- und Industrieroggen	170 - 186	170 - 186
Hafer	147 - 156	148 - 157
loco Mais Berlin	-	-
Weizenmehl	33,00 - 41,00	33,00 - 41,00
Roggenmehl	22,50 - 25,25	22,75 - 25,25
Weizenkleie	7,90 - 8,40	8,00 - 8,50
Roggenkleie	7,75 - 8,00	7,75 - 8,00

Handelsrechtliche Lieferungsgeschäfte: Weizen Juli 282 - 285 (Vortag 283 $\frac{1}{2}$), September 255 $\frac{1}{2}$ - 257 (256). Oktober 256 $\frac{1}{2}$ - 259 (257 $\frac{1}{2}$). Roggen Juli 166 $\frac{1}{2}$ - 168 - 167 $\frac{1}{2}$ (166 $\frac{1}{2}$). September 171 - 172 (171) Oktober 174 $\frac{1}{2}$ - 175 $\frac{1}{2}$ - 175 (173 $\frac{3}{4}$). Hafer Juli 158 $\frac{1}{2}$ - 159 $\frac{3}{4}$ (158), September 164 (160 $\frac{1}{2}$) Oktober 166 - 167 $\frac{1}{2}$ (164).

Berliner Viehmarkt.

(1. Juli).

SPD. Am Dienstag erfolgte ein Rückschlag, der einerseits auf die gestiegenen Zufuhren, andererseits auf die warme Witterung, die erfahrungsgemäss eine Einschränkung des Fleischkonsums mit sich bringt, zurückzuführen ist. Sowohl der Rinder- als auch der Kälber- und Schweinemarkt waren reichlich besetzt. Die Preise gaben auch auf allen drei Märkten und fast in allen Klassen nach.

Antliche Notierungen der Direktion für 1 Zentner Lebendgewicht in Mark:

Kühe: a) 42 - 47 (voriger Markt 44 - 49), b) 37 - 41 (38 - 43), c) 30 - 36 (32 - 37) d) 25 - 29 (26 - 30). Kälber: a) - (-), b) 60 - 65 (65 - 71), c) 50 - 60 (55 - 65), d) 35 - 48 (40 - 50). Schweine: a) (über 300 Pfund) 60 (62 - 64) b) (240 - 300 Pfd.) 59 - 62 (64 - 65), c) (200 - 240 Pfd.) 59 - 63 (64 - 65), d) (160 - 200 Pfd.) 59 - 63 (63 - 65), e) (120 - 160 Pfd.) 57 - 61 (62 - 63), f) (unter 120 Pfd.) - (-), g) (Sauen) 53 - 55 (55 - 56).

Deutscher Reichstag

188. Sitzung vom 1. Juli. 15 Uhr.

SPD. Der Reichstag nahm zunächst die von dem Abg. Esser eingebrachte und von fast allen Parteien unterschriebene Entschliessung über eine Hilfsaktion für die von der Besatzung befreiten Gebiete an. Die Kommunisten stimmten gegen die Entschliessung.

Abg. Torgler (Kom) gab eine Erklärung ab, die die Hilfsaktion für die befreiten Gebiete als eine Irreführung der werktätigen Massen und eine Aktion zugunsten der westdeutschen Unternehmer bezeichnet.

In der fortgesetzten Beratung des Etats des Reichsarbeitsministeriums verlangt Abg. Büll (Dem) beschleunigte Vorlage des Arbeitsschutzgesetzes.

Abg. Mönke (Chr.nat.Bp) forderte eine Sicherung dagegen, dass die Erwerbslosen ihre Unterstützung nicht nur zum Vertrinken benutzen. (Empörte Zwischenrufe links). Die Kleinbauern stellten wegen der hohen Soziallasten wenig Arbeiter ein und müssten ihre Familienangehörigen ausbeuten. In der Krankenkasse Magdeburg seien bei einer Revision 51% der Kranken gesundgeschrieben worden. Viele Kranken bezogen unrechtmässigerweise Lohn und Krankengeld zugleich. Viele Arbeitslose liessen sich ohne Grund krank schreiben. (Empörte Zwischenrufe links) Die christliche Bauernpartei wendet sich gegen Korruption an jeder Stelle. (Oho! links)

Abg. Dr. Pfeffer (DVP): Die Sozialpolitik ist mitschuldig an der schweren Krisenlage. Wir werden jetzt in der Arbeitslosenversicherung das durchführen, was wir im vorigen Jahre gefordert haben und was uns, da als angenommen, unser schweres Defizit erspart hätte. Jetzt ist auch diese Reform nicht einmal ausreichend. Bei der Reform der Krankenversicherung ist die Arztfrage das Wichtigste. Das System der Amtsärzte lehnen wir ab. Das Washingtoner Arbeitszeit-Abkommen lehnen wir ab. Die vom Genfer Internationalen Arbeitsamt veröffentlichten Lohnvergleiche sind irreführend und erwecken im Ausland den falschen Eindruck, als wären die Löhne in Deutschland niedriger als in anderen Ländern. Wir müssten an die Stelle des starren Arbeitsrechts wieder mehr wirtschaftliche Freiheit setzen.

Abg. Frau Arendsee (Kom) lehnt Beitragserhöhungen für die Arbeitslosenversicherung ab und bekämpft die Novelle zur Krankenversicherung

Abg. Beck (Ztr.) verlangt stärkere Förderung der Siedlungsarbeit besonders im Osten. Ganz besondere Fürsorge sollte der Landarbeitersiedlung gewidmet werden.

Reichsarbeitsminister Dr. Stegerwald

weist die Bemerkung des sozialdemokratischen Abgeordneten Litke vom Vortage zurück, dass das Arbeitsministerium bei der Abfassung der Novelle zur Krankenversicherung die Forderungen der Arbeitgeberverbände übernommen habe. Die Vorlage sei schon lange vor dem Erscheinen der Richtlinien der Arbeitgeber vorbereitet worden. Sie weiche in sehr wesentlichen Punkten von den Vorschlägen der Arbeitgeber ab. Die auf dem Krankenkassentag vorgebrachten Reformwünsche seien in der Vorlage berücksichtigt worden, doch sei in der Novelle auf die Interessen der Versicherten mehr Rücksicht genommen als in den auf dem Krankenkassentag aufgestellten Forderungen. Die Aufwendungen der Krankenkassen für Aerzte und Apotheker seien zweifellos übertrieben hoch. Sie würden im Jahre 600 Millionen Mark betragen, während nur 225 bis 250 Millionen erforderlich wären, wenn man jedem Kassenarzt das sehr hohe Gehalt von 15 000 Mark geben wollte. Eine Verbeamtung der Aerzte sei heute nicht mehr möglich. Sollte der übertriebene Aufwand verringert werden, so gehe es nur auf dem Wege der Vorlage, die einen Teil der Kosten in ganz bescheidenem Masse auf den Versicherten abwälze, der Arzt und Apotheker in Anspruch nehme. Die Versicherten würden dadurch weniger belastet als durch eine Verteilung dieser Kosten auf die Beiträge.

Reichstag, Blatt 2.

Für die Notlage der Kleinrentner habe ich - so schliesst der Minister - volles Verständnis, bei der jetzigen Finanzlage können wir aber nicht ein Kleinrentnerversorgungsgesetz für die nächste Zeit in Aussicht stellen.

Abg. Frau Dr. Lüders (Dem) tritt für Ausdehnung der Wöchnerinnenfürsorge und für Gewährung von Stillgeld ein.

Es folgen Abstimmungen. Die gleichlautenden Misstrauensanträge der Deutschnationalen und der Kommunisten gegen den Reichsaussenminister Dr. Curtius werden in namentlicher Abstimmung mit 283 gegen 121 Stimmen bei 3 Enthaltungen abgelehnt. - Angenommen werden Entschliessungen gegen die belgische Hasspropaganda im Kriegsmuseum Zeebrugge, sowie auf Ratifikation der Genfer Wirtschaftskonvention. Kommunistische Streichungsanträge zu verschiedenen Posten im Etat des Auswärtigen Amtes erhalten nur die Zustimmung der Antragsteller. Angenommen werden weiter Entschliessungen auf Förderung des Studiums von Ausländern im Reich und umgekehrt. Der kommunistische Misstrauensantrag gegen Minister Stegerwald wird mit 209 gegen 61 Stimmen der Links- und Rechtsradikalen bei 133 Enthaltungen der Sozialdemokraten abgelehnt. Die Entschliessung zugunsten der Einführung eines Arbeitsdienstjahres wird nach Ablehnung einer Ausschusseratung durch eine sozialdemokratisch-kommunistisch-nationalsozialistische Mehrheit mit dem gleichen Stimmenverhältnis abgelehnt, Eine Entschliessung der Rechten gegen den Zuzug arbeits- und wohnungsloser Elemente in die Grosstädte wird gegen die Stimmen der Linken dem Ausschuss überwiesen. Sozialdemokratische Entschliessungen über den Ausbau der Invalidenversicherung und Einbeziehung nichtversicherter Betriebe werden an den Ausschuss überwiesen. Bei einer kommunistischen Entschliessung auf Verbot von Betriebsstilllegungen und Einführung des 7-Studentages wird über die Frage der Ausschussüberweisung im Hammelsprung abgestimmt, die mit 204 gegen 148 Stimmen abgelehnt wird. Die Entschliessung wird dann gegen die Stimmen der Antragsteller abgelehnt. Der sozialdemokratische Antrag, den Reichszuschuss zur Arbeitslosenversicherung von 150 auf 225 Millionen zu erhöhen, wird gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und Kommunisten abgelehnt.

Eine Entschliessung der Kommunisten auf Aufhebung der Mieterhöhung in Thüringen wird abgelehnt. Das internationale Abkommen über die Arbeitsbedingungen der Heuerleute wird verabschiedet. Die Kommunisten stimmen mit den Deutschnationalen und anderen Reaktionären auf der Rechten dagegen.

Weiterberatung Mittwoch 15 Uhr.